Warenzeichen in Taiwan immer noch gemäß dem Strafgesetz der Republik China verurteilt worden. Das vom Parlament verabschiedete neue Warenzeichengesetz mit den genannten erhöhten Sonderstrafbestimmungen tritt erst in Kraft, wenn es vom Staatspräsidenten offiziell erlassen wird.

Im britischen Unterhaus ist es kürzlich zu einer starken antitaiwanesischen Stimmung gekommen. Ein Abgeordneter forderte von der Regierung ein Einfuhrverbot für sämtliche taiwanesischen Waren, um Taiwan zu zwingen, die Nachahmung von Handelswaren und Fälschung von Warenzeichen sofort zu unterbinden. Der britische Verbraucherverein hat ausgerechnet, daß die britische Industrie jährlich infolge des Konkurrenzdrucks durch nachgeahmte Waren aus Taiwan Verluste in Höhe von 200 Mio.£ erleide. Nach den Worten des britischen Außenhandelsministers wird sein Ministerium einen Sonderausschuß gründen, um die importierten nachgeahmten Waren aus Taiwan gerichtlich zu verfolgen (LHB, 27.1.83).
-ni-

- Nachtrag zu: Wirtschaft -

(43)
Sun Yefang gestorben

Kürzlich verstarb der bekannte chinesische Ökonom Sun Yefang im Alter von 75 Jahren in Beijing an Leberkrebs. Sun war Berater der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften und Ehrendirektor des Instituts für Ökonomie dieser Akademie. Sun wurde vor 20 Jahren als "größter Revisionist unter den chinesischen Ökonomen" kritisiert, seines Amtes als Direktor des Instituts für Ökonomie der Akademie der Sozialwissenschaften enthoben und zur "Umerziehung" in ein Dorf in der Nähe von Beijing geschickt. (Vgl. für eine kurze Würdigung seines Werkes auch C.a., Januar 1983, S. 39.
-lou-

*
*
*
*
*
*

WOLFGANG BARTKE
PETER SCHIER

Der XII.Parteitag der KP Chinas und die neue Parteiführung

Teil II

*
*
* * * * * * * * * * * * * * * * * *

4.
Der Bericht des Zentralkomitees (Hu-Yaobang-Rede)

Ebenso wie die Präambeln von Verfassung und Parteistatut geben Berichte des Zentralkomitees Auskunft über den gültigen politischen Kurs und die Zielvorstellungen der jeweiligen Führung einer Kommunistischen Partei, die die Staatsmacht innehat. ZK-Berichte haben jedoch nicht nur politischen Grundsatzcharakter. Da sie fast immer das Ergebnis intraelitärer Kompromisse in einer ganzen Reihe von wichtigen Fragen sind, geben sie in der Regel auch indirekt Auskunft über Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Parteiführung. So scheint der von Hu Yaobang am 1.September 1982 vorgetragene Bericht des XI.Zentralkomitees für den XII.Parteitag (1) parteiinterne Meinungsunterschiede in der Wirtschaftspolitik zu offenbaren.

Der Bericht von Hu Yaobang ist in sechs Hauptteile gegliedert, die jeweils der allgemeinen Zielbeschreibung, der Wirtschaftspolitik, der Ideologie, der Innen- und der Außenpolitik sowie der Parteipolitik gewidmet sind. Obwohl der Bericht den Titel trägt "Eine neue Situation für die sozialistische Modernisierung auf allen Gebieten schaffen" (Hervorhebung d.Verf.), stellen die künftige wirtschaftliche Entwicklung und die hierfür notwendigen politischen und ideologischen Voraussetzungen das zentrale Thema der Ausführungen von Hu Yaobang dar.

4.1.
Allgemeine Aufgaben

Im ersten Teil ("Eine historische Wende und die neuen großen Aufgaben") und im letzten Abschnitt des ZK-Berichts werden eine Reihe von allgemeinen Aufgaben genannt. Zunächst sollen in den kommenden fünf Jahren zwischen dem XII. und dem XIII.Parteitag folgende drei Ziele erreicht werden:

- "Grundlegende Verbesserung der finanziellen und wirtschaftlichen Lage des Landes",
- "grundlegende Verbesserung des gesellschaftlichen Klimas" und
- "grundlegende Verbesserung des Arbeitsstils der Partei" (2).

Gleichzeitig soll die "Wiedervereinigung des Vaterlands" vorangetrieben und "gegen Imperialismus und Hegemonismus sowie für die Wahrung des Weltfriedens" gekämpft werden (3).

Offenbar im gleichen Zeitraum sollen die vier folgenden Aufgaben erfüllt werden:

1. Systematischer Abschluß der Strukturreform der Partei- und Regierungsorgane und der Reform des Wirtschaftssystems;
2. Aufbau einer geistigen Zivilisation des Sozialismus;
3. Zerschlagung schwerwiegender verbrecherischer Aktivitäten, die die sozialistische Wirtschaft und das sozialistische System untergraben;
4. Verbesserung des Arbeitsstils der Partei und Ausrichtung der Parteiorganisationen. (4)

Als weitere wichtige Aufgabe werden die strikte Befolgung der "Vier grundlegenden Prinzipien" (4a) und der Kampf gegen "linke" (d.h. maoistische) und rechte (d.h. "bürgerliche") Tendenzen bezeichnet (5).

4.2.
Wirtschaftspolitik

Die Wirtschaftspolitik ist das Thema des zweiten Teils des ZK-Berichts, der unter der Überschrift steht "Einen allseitigen Aufschwung der sozialistischen Wirtschaft herbeiführen". Von den zuvor genannten Aufgaben soll die wirtschaftliche Entwicklung ("weitere Entwicklung der sozialistischen Modernisierung der Wirtschaft") "im Vordergrund stehen" (6).

Das "allgemeine Kampfziel des wirtschaftlichen Aufbaus" ist die Vervierfachung des Bruttoproduktionswertes von Industrie und Landwirtschaft von 710 Mrd.Yuan i.J. 1980 auf 2.800 Mrd.Yuan i.J. 2000 (7). Dieses Ziel war bereits von Ministerpräsident Zhao Ziyang auf der 4.Tagung des V.Nationalen Volkskongresses im Dezember 1981 verkündet worden (8).

Hu Yaobang zufolge soll das "grandiose strategische Ziel" der

Vervierfachung des Bruttoproduktionswertes unter der Voraussetzung erreicht werden, daß "die wirtschaftliche Effizienz ständig erhöht wird" (9). Diese Forderung steht in krassem Widerspruch zu den langjährigen Erfahrungen, die nicht nur in Osteuropa, sondern auch in China mit dem Bruttoproduktionswert (BPW) als wirtschaftlicher Hauptkennziffer gemacht worden sind. Die Benutzung des Bruttoproduktionswertes als wichtigste ökonomische Kennziffer hemmt nämlich in der Regel eine umfassende Erhöhung der wirtschaftlichen Effizienz und begünstigt statt dessen ein vorwiegend extensives Wachstum der Produktion ("Tonnen-Ideologie"). Da die BPW-Kennziffer nicht nur den für die wirtschaftliche Leistung entscheidenden neugeschaffenen Wert (Wertschöpfung) eines Betriebes umfaßt, sondern auch die von dem Betrieb verbrauchten Vorleistungen der Zulieferunternehmen, stellt sie kein geeignetes Maß tatsächlich erbrachter wirtschaftlicher Leistung dar. Die BPW-Kennziffer stellt deshalb keinen Anreiz zu größerer Rentabilität dar, sondern begünstigt Verschwendung vielfältigster Art. Hierauf hatten reformorientierte chinesische Wirtschaftswissenschaftler bereits i.J. 1979 hingewiesen und die Ersetzung des Bruttoproduktionswertes durch den Nettoproduktionswert als hauptsächlicher wirtschaftlicher Kennziffer gefordert (10).

In einer bemerkenswerten Rede am 24.Oktober 1982 nahm Zhao Ziyang diese Forderung indirekt auf, indem er es als "sehr großen Nachteil" bezeichnete, den Bruttoproduktionswert als Hauptplanziffer einzusetzen. Das reformfreudigste Mitglied der chinesischen Führungsspitze bezeichnete die BPW-Norm als "abträglich für die Reduzierung des Materialverbrauchs, von Nachteil für die Senkung der Selbstkosten und hinderlich für die Einführung neuer Technologien" (11). Damit setzte sich Zhao Ziyang in offenen Widerspruch zum ZK-Bericht von Hu Yaobang und zu seiner eigenen Aussage vom Dezember 1981, die er in seiner Funktion als Ministerpräsident gemacht hatte (12). Die Tatsache, daß die Parteiführung offiziell weiterhin am Bruttoproduktionswert als wichtigster ökonomischer Kennziffer festhält, ist ein erneutes Indiz für die relativ schwache Position der Reformkräfte innerhalb der Führungsspitze. Die in sich widersprüchliche Forderung nach einer Vervierfachung des industriellen und landwirtschaftlichen Bruttoproduktionswertes bei gleichzeitiger Erhöhung der wirtschaftlichen Effizienz weist auf derzeit nicht lösbare Meinungsverschiedenheiten zwischen Reformern und Reformgegnern hin.

Sektorale Schwerpunkte der wirtschaftlichen Entwicklung bis zum Jahre 2000 sollen die Landwirtschaft, das Energie- und Transportwesen sowie das Bildungswesen und der Wissenschaftssektor sein (13).

Die zeitliche Planung für die angestrebte wirtschaftliche Entwicklung sieht vor, bis 1990 die strukturellen, organisatorischen und technischen Voraussetzungen für einen großen Wirtschaftsaufschwung in den letzten zehn Jahren des 20.Jh. zu schaffen. Während des 6.Fünfjahrplans von 1981-1985 soll die Sanierung der Wirtschaft fortgesetzt werden. Gleichzeitig will man die bereits verwirklichten Ansätze der Reform des wirtschaftlichen Verwaltungssystems konsolidieren und vervollkommnen. Außerdem sollen frühzeitig der Plan für eine umfassende Reform und die Maßnahmen für deren Durchsetzung ausgearbeitet werden. Erst während des 7.Fünfjahrplans von 1986-1990 soll dann die Reform des wirtschaftlichen Verwaltungssystems schrittweise durchgesetzt werden. Gleichzeitig sollen die Rationalisierung der sektoralen Wirtschaftsstruktur und der betrieblichen Organisation sowie die technische Umgestaltung der Betriebe fortgesetzt werden (14). Der bereits im Dezember 1980 beschlossene Aufschub der Wirtschaftsreform wurde also ein weiteres Mal bestätigt.

Bei der wirtschaftlichen Arbeit sollen die auf der 4.Tagung des V.NVK beschlossenen zehn Richtlinien des wirtschaftlichen Aufbaus (15) befolgt werden. Dabei soll insbesondere auf die Lösung der folgenden vier prinzipiellen Fragen geachtet werden:

1. Konzentration von Geldmitteln auf den Bau von Schlüsselprojekten und weitere Erhöhung des Lebensstandards des Volkes.

Damit der Staat die für den Bau von Schlüsselprojekten notwendigen Geldmittel erhält, muß eine unangemessen hohe dezentralisierte Nutzung von Geldmitteln verhindert werden. Produktion und wirtschaftliche Effizienz sind zu erhöhen, damit das Nationaleinkommen schneller steigt.

Die Sicherung der Ernährung der Bevölkerung wird auch in Zukunft Vorrang vor dem Wirtschaftsaufbau haben. Allerdings darf eine weitere Erhöhung des Lebensstandards nur noch über eine erhebliche Steigerung der Produktion erzielt werden und nicht mehr durch eine Verringerung der für produktive Investitionen notwendigen Geldmittel. So darf das bäuerliche Einkommen nicht mehr hauptsächlich über die Erhöhung der staatlichen Ankaufspreise für landwirtschaftliche Produkte und ähnliche Maßnahmen gesteigert werden. Der Anstieg des durchschnittlichen Einkommens der Arbeiter und Angestellten muß unterhalb der Zuwachsrate der Arbeitsproduktivität liegen. (16)

2. Aufrechterhaltung der führenden Rolle der staatlichen Wirtschaft und Entwicklung verschiedener Wirtschaftsformen

Innerhalb der Volkswirtschaft soll der staatliche Sektor nach wie vor die absolut führende Rolle spielen. Daneben existieren Kollektiv- und Einzelwirtschaft strikt im Rahmen des von der Partei definierten sozialistischen Systems. Während die genossenschaftliche Wirtschaft (Kollektiveigentum) auf dem Land auch in Zukunft die hauptsächliche Wirtschaftsform darstellen soll, wird der in Privateigentum befindlichen Einzelwirtschaft nur die Rolle einer "notwendigen und nützlichen Ergänzung" (17) des gemeinwirtschaftlichen Sektors (Staats- und Kollektiveigentum) zugestanden. Über Umfang, Notwendigkeit und Nützlichkeit des privaten Wirtschaftssektors entscheidet der Staat bzw. die Partei.

Die in den letzten Jahren in der Landwirtschaft eingeführten modifizierten Formen des traditionellen Pachtsystems, die sog. "Systeme der (mehr oder weniger privaten) Verantwortung für die Produktion", "müssen über eine längere Zeit hinweg beibehalten werden... und dürfen auf gar keinen Fall gegen den Willen der Massen vorschnell geändert oder gar zurückgenommen werden" (18). Um keine falschen Hoffnungen auf eine Zementierung der partiellen Reprivatisierung der Landwirtschaft zu wecken, betont der ZK-Bericht, daß auf dem Land "in nicht allzu ferner Zukunft mit Sicherheit eine noch bessere genossenschaftliche Wirtschaft in verschiedenen Formen entstehen wird..." (19). Mit diesen Ausführungen mußte Hu Yaobang seine eigene Aussage von Ende Oktober 1981 korrigieren, derzufolge "für immer" (yongyuan) an den landwirtschaftlichen Verantwortungssystemen für die

Produktion festgehalten werden sollte (20). Bereits einen Monat später, am 30.November 1981, hatte Ministerpräsident Zhao Ziyang in seinem Regierungsbericht vor der 4.Tagung des V.Nationalen Volkskongresses diese Ansicht korrigieren müssen, indem er die landwirtschaftlichen Liberalisierungsmaßnahmen nur für eine unbestimmte "längere Zeit" (changqi) gültig erklärte (21). Die Tatsache, daß diese Sprachregelung für den ZK-Bericht übernommen wurde, deutet auf die Stärke der orthodoxen Kräfte innerhalb der Parteiführung hin.

3. Sicherung der führenden Stellung der Planwirtschaft und der ergänzenden Rolle der wirtschaftlichen Regulierung durch den Markt.

Aus den Ausführungen zu diesem Thema geht hervor, daß in Zukunft die einheitliche Regelung der wirtschaftlichen Aktivitäten durch die zentrale staatliche Planung wieder verstärkt werden soll. Produktion und Verteilung aller wichtigen Produktionsmittel und Konsumgüter (darunter auch Getreide und andere landwirtschaftliche Produkte) soll durch imperative Pläne strikt geregelt werden. Indikative Pläne und die wirtschaftliche Regulierung durch den Markt sollen nur in solchen Wirtschaftsbereichen Anwendung finden, die von der zentralen staatlichen Planung nicht erfaßt werden können. Ganz offensichtlich werden indikative Pläne und vor allem die wirtschaftliche Regulierung durch den Markt lediglich als notwendige Übel betrachtet, um die Schwachstellen der zentralen Befehlsplanung zu kitten. Die spezifische Argumentation zum Thema Plan/Markt in dem ZK-Bericht ist ein weiteres Indiz für den mangelnden Erfolg wirtschaftlicher Reformtätigkeit und deutet auf eine entsprechend schwache Position der Reformkräfte innerhalb der politischen Führung hin (22).

4. Vertrauen auf die eigene Kraft und Ausweitung des wirtschaftlichen und technischen Austausches mit dem Ausland.

Die Politik der Öffnung gegenüber dem Ausland und die Ausdehnung des wirtschaftlichen und technischen Austausches wird in dem ZK-Bericht als "unveränderlicher strategischer Kurs unseres Landes" bezeichnet (23). Der Außenhandel soll weiter ausgeweitet werden, wobei offenbar vor allem an eine Steigerung des chinesischen Exports gedacht wird. Ausländische Geldmittel sollen soweit wie möglich genutzt und für produktive Investitionen eingesetzt werden. Fortschrittliche ausländische Technologien sollen verstärkt importiert werden, und zwar vor allem solche, die zur technischen Erneuerung der bestehenden Betriebe eingesetzt werden können. Gleichzeitig betonte Hu Yaobang jedoch einschränkend, daß sich China bei der "sozialistischen Modernisierung" hauptsächlich auf die eigenen Kräfte stützen müsse. Da außerdem die kapitalistischen Staaten und Betriebe ihr "kapitalistisches Wesen" nicht geändert hätten, sei "Wachsamkeit und Widerstand gegen die Zersetzung durch kapitalistisches Gedankengut" absolut notwendig: "Jegliches Denken und Handeln", daß die "Anbetung des Ausländischen" zum Inhalt habe, müsse entschieden bekämpft werden (24).

4.3. Ideologie

Der dritte Teil des ZK-Berichts setzt sich unter der Überschrift "Eine hochentwickelte geistige Zivilisation des Sozialismus aufbauen" hauptsächlich mit ideologischen Fragen auseinander. Zentrales Thema ist die Definition der sog. "geistigen Zivilisation des Sozialismus", die gleichzeitig mit dem wirtschaftlichen Aufbau entwickelt werden soll, um China nicht vom sozialistischen Weg abgleiten zu lassen.

Nach der im ZK-Bericht vorgenommenen Definition findet die "geistige Zivilisation des Sozialismus" ihren Ausdruck zum einen in der Entwicklung von Bildung, Wissenschaft, Literatur und Kunst und zum anderen in der Anhebung des ideologischen, politischen und moralischen Niveaus der Menschen. Dementsprechend zerfällt sie in einen ideologischen und einen kulturellen Aspekt. Da "die kommunistische Ideologie den Kern der geistigen Zivilisation des Sozialismus darstellt" (25), ist der gesamte kulturelle Bereich eindeutig der kommunistischen Ideologie untergeordnet. Während auf kulturellem Gebiet u.a. eine hohe Entwicklung des Bildungswesens und der Wissenschaft angestrebt wird, werden auf ideologischem Gebiet vor allem von den Parteimitgliedern und Funktionären "revolutionäre Ideale, Moral und Disziplin" (26) gefordert. So sollen auch die im Wirtschaftsbereich tätigen Führungskader nicht nur die Entwicklung der Produktion, sondern auch die kommunistische Ideologie im Auge behalten. Auf dem wirtschaftlichen Sektor geht es dem ZK-Bericht zufolge nämlich nicht nur um die quantitative und qualitative Steigerung der Produktion, sondern auch darum, "Generation um Generation sozialistischer neuer Menschen heranzubilden" (27).

Offensichtlich wurde kurz vor der Eröffnung des XII.Parteitags noch ein längerer Absatz in den ideologischen Teil des ZK-Berichts eingefügt, in dem die Deng-Fraktion indirekt auf die gegen sie gerichteten Angriffe Hua Guofengs und von Teilen der Armee im August 1982 einging (28). Darin wurde die von Hua geäußerte Ansicht, daß der Kommunismus noch nicht in der Praxis überprüft worden sei und daß deshalb die Praxis nicht das alleinige Kriterium der Wahrheitsfindung darstelle, als "völlig falsch" zurückgewiesen (29). Dem Vorwurf der orthodoxen Militärs, die Deng-Fraktion sei schuld am Aufkommen "bürgerlicher Liberalisierungstendenzen", entgegnete Hu Yaobang mit einer eindringlichen Aufforderung zur Entwicklung der sog. "geistigen Zivilisation des Sozialismus": Wenn man diese "große Aufgabe" vernachlässige, "werden die Menschen in ihrem Verständnis des Sozialismus einseitig werden. Sie werden dann nur noch der materiellen Entwicklung Aufmerksamkeit schenken und sich ausschließlich auf das Streben nach materiellen Vorteilen beschränken. In einem solchen Fall wären wir nicht in der Lage, die sozialistische Orientierung des Modernisierungsprogramms einzuhalten, und unsere Gesellschaft würde ihre Ideale und Ziele, ihre geistige Triebkraft und ihren Kampfeswillen verlieren. Sie würde dekadenten Einflüssen nicht mehr widerstehen können und sich abartig entwickeln und degenerieren." (30)

Der ZK-Bericht bestätigte also die bereits im Dezember 1980 auf einer ZK-Arbeitstagung beschlossene Reideologisierung aller gesellschaftlichen Bereiche. Hiermit will die Parteiführung bis 1987 "eine grundlegende Verbesserung des gesellschaftlichen Klimas" erreichen, d.h. eine spürbare Verbesserung der öffentlichen Ordnung, eine allgemeine Verbesserung des Arbeitsverhaltens der Menschen und eine beträchtliche Reduzierung der Straftaten (31).

4.4. Innenpolitik

Der vierte Teil des ZK-Berichts, der sich mit innenpolitischen Fragen befaßt, ist mit dem Motto überschrieben "Eine hochentwikkelte sozialistische Demokratie aufbauen". Das besondere Demokratie-Verständnis der Parteiführung wird allein durch das Ergebnis einer einfachen quantitativen Inhaltsanalyse dieses Ab-

schnitts deutlich: Begriffe wie "Diktatur", "Klassenkampf" und "feindliche Elemente" werden in diesem Teil weit häufiger benutzt als der Begriff der Demokratie. Der Begriff der "sozialistischen Demokratie" ist eben - wie auch der ZK-Bericht betont - mit dem traditionellen Demokratiebegriff "unvergleichbar" (32). Daß er auch im Verständnis der chinesischen Kommunisten ein Widerspruch in sich ist, wird aus dem ZK-Bericht erneut deutlich. Einerseits wird behauptet, bei dem politischen System der Volksrepublik China handle es sich um eine "demokratische Diktatur des Volkes", und das Volk übe als sein eigener Herr die Staatsmacht aus (33). Andererseits wird die Führung der Partei über das Volk betont (34) und von der Partei als dem "führenden Kern der politischen Macht" (35) gesprochen. Das Wesen der "sozialistischen Demokratie" besteht also offenbar darin, daß die Partei anstelle des Volkes (als selbsternannte "Vorhut", "führender Kern" o.ä.) die politische Herrschaft ausübt und diese mangels Legitimation durch das Volk mit diktatorischen Mitteln aufrechterhalten muß.

Der ZK-Bericht hebt in dem Abschnitt über "sozialistische Demokratie" und Rechtsordnung die Bestimmung im neuen Parteistatut hervor, nach der "die Partei im Rahmen der Verfassung und der Gesetze des Staates handeln muß" (Präambel). Gleichzeitig wird jedoch betont, daß Verfassung und Recht "unter der Führung durch die Partei" ausgearbeitet und festgelegt werden müssen (36). Hier geht es also nicht um die Einhaltung demokratischer bzw. rechtsstaatlicher Spielregeln, sondern darum, daß sich die parteiinternen Gegner in ihren Konflikten an die von ihnen selbst kodifizierte Konfliktprozedur halten und nicht mit Bürgerkrieg (z.B. die Kulturrevolution) oder Palastrevolutionen (z.B. der Sturz der "Viererbande") die herrschende Klasse als solche in Gefahr bringen.

Der ZK-Bericht betont erneut die Führung der Chinesischen Volksbefreiungsarmee durch die Partei. Er stellt klar, daß die Armee auch nach der Verabschiedung der neuen Verfassung im Dezember 1982 vom Zentralkomitee der Partei geführt werde, und zwar "vermittels der Zentralen Militärkommission des Staates" (37). Dies wiederum dürfte bedeuten, daß die ZK-Militärkommission das de facto höchste Führungsorgan der Armee bleibt. Unklar ist deshalb nach wie vor, welche Beweggründe zur Einrichtung der Zentralen Militärkommission des Staates geführt haben.

4.5. Außenpolitik

Der außenpolitische Teil des ZK-Berichts steht unter dem Motto "An der unabhängigen Außenpolitik festhalten". Das Prinzip der Unabhängigkeit wird gleich zu Beginn dieses 5.Teils der Rede Hu Yaobangs ausdrücklich betont: "China begibt sich weder in die Abhängigkeit von irgendeiner Großmacht oder irgendeines Staatenblocks noch unterwirft es sich dem Druck irgendeiner Großmacht." (38)

In seinen Beziehungen zu anderen Staaten wird sich China weiterhin von den sog. "Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz" leiten lassen:

1. gegenseitige Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität;
2. gegenseitiger Nichtangriff;
3. gegenseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten;
4. Gleichberechtigung und gegenseitiger Nutzen;
5. friedliche Koexistenz. (39)

In diesem Zusammenhang geht der ZK-Bericht auch indirekt auf das Thema der chinesischen Unterstützung von kommunistischen Bewegungen in anderen Ländern ein: "Wir Marxisten-Leninisten sind zwar der Ansicht, daß der Kommunismus letzen Endes in der ganzen Welt verwirklicht wird; wir meinen jedoch, daß die Revolution auf keinen Fall exportiert werden darf, sondern nur das Ergebnis der eigenen Entscheidung des jeweiligen Volkes sein kann. Gerade aufgrund dieser Erkenntnis halten wir konsequent an den Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz fest." (40) Diese Feststellung bedeutet jedoch keinesfalls, daß das kommunistische China seine Unterstützung für kommunistische Parteien in anderen Ländern aufgeben wird, sondern lediglich die Aufgabe des Anspruchs, ausländischen kommunistischen Bewegungen den Stempel der chinesischen Revolution aufzudrücken. Offenkundig wird dieser Zusammenhang in dem Abschnitt über die Beziehungen zwischen der KPCh und den kommunistischen Parteien anderer Länder. Dort heißt es unmißverständlich: "Es versteht sich von selbst, daß die (kommunistischen) Parteien der verschiedenen Länder sich gegenseitig helfen müssen." (41) Diese Aussage zeigt, daß zumindest das "Prinzip" der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten eine hohle Phrase der chinesischen Außenpolitik bleiben wird (42).

Die "Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz" gelten dem ZK-Bericht zufolge auch für die Beziehungen zu den sozialistischen Staaten. Während von "einer gewissen Entwicklung" in den Beziehungen zwischen China und den osteuropäischen Ländern die Rede ist, werden (Nord-)Korea, Rumänien und Jugoslawien als "freundschaftliche sozialistische Staaten" bezeichnet, mit denen man eng zusammenarbeite und freundschaftlich verbunden sei (43).

Die Verschlechterung der ursprünglich "freundschaftlichen" Beziehungen zwischen China und der Sowjetunion werden ausschließlich der sowjetischen "Hegemonialpolitik" angelastet:

- Erstens habe die Sowjetunion in den letzten 20 Jahren eine große Anzahl von Soldaten an der chinesisch-sowjetischen und an der chinesisch-mongolischen Grenze stationiert.

- Zweitens unterstütze die Sowjetunion die vietnamesische Okkupation von Kambodscha, das vietnamesische Expansionsstreben in Indochina und Südostasien und die vietnamesischen Provokationen an der chinesischen Grenze.

- Drittens habe die Sowjetunion mit Afghanistan ein Nachbarland Chinas besetzt.

All diese drei sowjetischen Vorgehensweisen gefährden nach Ansicht der chinesischen Parteiführung in ernstem Maße den Frieden in Asien und - vor allem -die Sicherheit Chinas. Man habe zwar zur Kenntnis genommen, daß sich die sowjetischen Führer wiederholt zu einer Verbesserung der Beziehungen zu China bereiterklärt hätten, doch seien hierfür nicht Worte, sondern Taten das Entscheidende. Eine Normalisierung der chinesisch-sowjetischen Beziehungen sei nur dann möglich, wenn die Sowjetunion durch praktische Maßnahmen ihre Bedrohung der Sicherheit Chinas aufhebe. (44)

Laut ZK-Bericht sind die Beziehungen zwischen China und den USA seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen im Januar 1979 von der Taiwan-Politik der Vereinigten Staaten überschattet worden. Die Behandlung Taiwans als eine unabhängige politische Einheit und die amerikanischen Waffenverkäufe an Taiwan verletzten die Souveränität Chinas und stellten eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten dar.

Deshalb könnten die chinesisch-amerikanischen Beziehungen nur dann eine gesunde Entwicklung erfahren, wenn die Prinzipien der gegenseitigen Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität und der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten wirklich befolgt würden. (45)

Von Imperialismus, Hegemonismus und Kolonialismus geht nach Ansicht der chinesischen Parteiführung die Hauptgefahr für die friedliche Koexistenz aller Länder aus. Vor allem die Supermächte (USA und UdSSR) stellten mit ihren Hegemoniebestrebungen eine neue Gefahr für die Völker der Welt dar. Ihre Rivalität um die Alleinherrschaft über die Welt sei zur wichtigsten Ursache von Unruhe und Turbulenz in der Welt geworden. Deshalb seien der Kampf gegen den Hegemonismus und die Wahrung des Weltfriedens heutzutage die wichtigsten Aufgaben der Völker der Welt. (46)

Als Mitglied der Dritten Welt sieht sich China verpflichtet, zusammen mit den anderen Dritte-Welt-Ländern gegen Imperialismus, Hegemonismus und Kolonialismus zu kämpfen. Die gemeinsame Aufgabe, vor der die Länder der Dritten Welt stünden, bestehe vor allem darin, die nationale Unabhängigkeit und staatliche Souveränität zu wahren, die nationale Wirtschaft zu entwickeln und durch die wirtschaftliche Unabhängigkeit die bereits erlangte politische Unabhängigkeit zu konsolidieren. In dieser Hinsicht sei die gegenseitige Hilfe zwischen den Ländern der Dritten Welt von besonders großer Bedeutung. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Ländern der Dritten Welt könne bezüglich der Anwendbarkeit gewisser Technologien und Ausrüstungen oft ebenso gute Resultate erzielen wie die Zusammenarbeit mit den entwickelten Ländern. Diese Süd-Süd-Zusammenarbeit trage dazu bei, die bestehenden ungleichen internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu durchbrechen und eine neue Weltwirtschaftsordnung zu errichten. Deshalb sei die Süd-Süd-Zusammenarbeit "von sehr großer strategischer Bedeutung". (47)

Zu den Beziehungen zwischen der Kommunistischen Partei Chinas und den kommunistischen Parteien anderer Länder wiederholte Hu Yaobang zunächst die vier Prinzipien, die diese Beziehungen regeln sollen:

1. Selbständigkeit und Unabhängigkeit;
2. völlige Gleichberechtigung;
3. gegenseitige Achtung;
4. gegenseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten. (48)

Der ZK-Bericht betont, daß sich die kommunistischen Parteien untereinander helfen müssen, doch dürfe dies nicht mit Zwang oder Diktat von außen verbunden sein. Wer die eigenen Ansichten den anderen aufzwinge und sich in die inneren Angelegenheiten der Partei eines anderen Landes einmische, könne der revolutionären Sache dieses Landes nur Rückschläge und Niederlagen zufügen. In Anspielung auf den sowjetischen Einmarsch in die Tschechoslowakei i.J. 1968 und auf den vietnamesischen Angriff auf Kambodscha Ende 1978/Anfang 1979 wird in dem ZK-Bericht folgende Ansicht vertreten: "Wenn man die Politik der Partei eines anderen Landes zwangsweise in den Dienst der Politik der eigenen Partei und des eigenen Landes stellt und sogar bewaffnete Interventionen in andere Länder unternimmt, dann ist das nichts anderes als die grundlegende Demontage der internationalen kommunistischen Bewegung." (49)

Auch das Prinzip der Gleichberechtigung zwischen kommunistischen Parteien wird in dem ZK-Bericht besonders betont: In Anspielung auf die KPdSU heißt es, daß die chinesischen Kommunisten unter dem Versuch einer selbsternannten Mutterpartei, die KPCh zu gängeln, gelitten hätten. Wie jedermann wisse, habe die unabhängige Außenpolitik Chinas nur dadurch überlebt, daß sich die chinesischen Kommunisten diesen Dominierungsversuchen widersetzt hätten. (50)

4.6. Parteipolitik

Der parteipolitische Teil des ZK-Berichts steht unter dem Motto "Die Partei zu einem festen Führungskern der sozialistischen Modernisierung aufbauen". Unter diesem Leitspruch ist vor allem die Lösung von folgenden vier komplexen Problemen zu verstehen:

1. "Den demokratischen Zentralismus der Partei vervollkommnen und das innerparteiliche politische Leben weiter normalisieren"

Unter der Vervollkommnung des demokratischen Zentralismus und der in diesem Zusammenhang geforderten Verbesserung der Parteidisziplin ist hauptsächlich die striktere Befolgung der ZK-Beschlüsse durch die unteren Parteiebenen zu verstehen. Es geht hier also vor allem darum, daß die Parteibasis den von der Parteispitze beschlossenen politischen Kurs ohne Einschränkung unterstützen und in der Praxis durchsetzen soll.

Die Forderung nach einer Normalisierung des innerparteilichen politischen Lebens bedeutet vor allem, daß die Parteimitglieder und insbesondere die Führungskader strikt im Rahmen des Parteistatuts und anderer parteioffizieller Verhaltensregeln handeln sollen. Im Interesse der Aufrechterhaltung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse sollen die verschiedenen Fraktionen und Gruppen der politischen Elite auf die Einhaltung der vereinbarten Prozedur politischer Auseinandersetzungen verpflichtet werden.

2. "Die Führungsorgane und das Kadersystem reformieren und das Kaderkontingent revolutionieren, verjüngen, weiterbilden und fachlich spezialisieren"

Nach Abschluß der Strukturreform der Partei- und Regierungsorgane auf der zentralen Ebene (51) soll spätestens im Verlauf des Jahres 1983 eine entsprechende Reform auf Provinzebene durchgeführt werden. Diese Reform zielt im wesentlichen darauf ab, die Arbeitseffizienz der Partei- und Regierungsorgane zu erhöhen. Dem ZK-Bericht zufolge stellt die "korrekte Lösung" der Frage der Führung der Partei über die Regierungsorgane und über die Unternehmen und Institutionen das zentrale Problem der Strukturreform dar (52). Mit diesem Problem unmittelbar verknüpft ist die Forderung, "eine angemessene Arbeitsteilung zwischen der Partei und der Regierung und zwischen der Parteiarbeit und der Verwaltungs-und Produktionsarbeit in den Betrieben und Institutionen zu erreichen" (53). Der ZK-Bericht gibt auf diese beiden Fragen keine eindeutige Antwort. Auf der einen Seite wird gefordert, daß die Partei "die Arbeit auf allen Gebieten" leiten soll. Auf der anderen Seite wird einschränkend festgestellt, daß "sich die Führung der Partei hauptsächlich auf die politische und ideologische Führung und die Führung hinsichtlich des politischen Kurses und der politischen Richtlinien bezieht sowie auf die Beförderung, den Einsatz, die Überprüfung und Kontrolle der Kader". Diese Feststellung wird jedoch wiederum durch die Forderung eingeschränkt, daß "alle wichtigen Angelegenheiten in bezug auf die Tätigkeiten der Regierung und die wirtschaftliche Arbeit immer noch von der Partei entschieden

werden müssen" (54) - da in Zweifelsfällen (und das sind in diesem System aufgrund der allgemeinen Verantwortungsscheu die meisten) nur der Parteisekretär in der Lage und bereit sein wird zu entscheiden, was "wichtig" ist oder nicht, dürfte der Mißerfolg der Strukturreform auf den unteren Ebenen vorprogrammiert sein. Ohnehin erscheint eine effiziente Arbeitsteilung zwischen Partei und Regierung und zwischen Partei und Wirtschaftsmanagement mit dem klassischen absoluten Führungsanspruch einer Kommunistischen Partei unvereinbar.

Während der Strukturreform sollen die Führungsorgane nicht nur verjüngt, sondern auch von Mitgliedern der maoistischen Fraktion gesäubert werden. Der ZK-Bericht nennt fünf Kategorien von Personen, die von Führungsposten entfernt werden müssen bzw. nicht in Führungsorgane berufen werden dürfen:

1) Personen, die während der Kulturrevolution durch "Rebellion" (d.h. Teilnahme an der Rotgardistenbewegung) Karriere gemacht haben.
2) Personen, die während der Kulturrevolution in schwerwiegendem Maße Fraktionismus betrieben haben.
3) Personen, die während der Kulturrevolution Schlägerei, Zerstörung und Plünderung begangen haben.
4) Personen, die sich dem politischen Kurs des Zentralkomitees seit der 3.Plenartagung des XI.ZK im Dezember 1978 widersetzt haben.
5) Personen, die in schwerwiegendem Maße gegen die Gesetze und gegen die Parteidisziplin verstoßen haben. (55)

3."Die Parteiarbeit unter den Arbeitern, Bauern und Intellektuellen stärken und die Verbindungen zwischen der Partei und den Massen intensivieren"

Der ZK-Bericht fordert vor allem eine Intensivierung der Parteiarbeit an der industriellen und landwirtschaftlichen Basis. Der Bericht beklagt, daß die Zahl der Parteimitglieder im unmittelbaren Produktionsbereich abgenommen habe, vor allem dort, wo Schwerstarbeit zu leisten sei. Dies habe die direkten Verbindungen zwischen der Partei und der Industriearbeiterschaft geschwächt - ein Hinweis auf Probleme der KPCh mit Teilen der Arbeiterschaft. Eine kritische Lektüre der Rede Hu Yaobangs enthüllt die Hauptursache für die geringe Zahl von Parteimitgliedern unter den Arbeitern: Sobald ein Arbeiter die Aufnahme in die Partei geschafft hat, gelingt ihm in den meisten Fällen die Versetzung in die Betriebsverwaltung (56). Der ZK-Bericht fordert deshalb eine partielle Reintegrierung von Parteimitgliedern in den unmittelbaren Produktionsprozeß und die Aufnahme von mehr Arbeitern in die Partei.

Auch auf dem Land konstatiert der ZK-Bericht politische Probleme: Eine Reihe von Parteimitgliedern sei nur an der eigenen Produktionsarbeit interessiert und kümmere sich nicht um die Interessen der Partei und der Bevölkerung. Einige Parteizellen hätten sogar die Führung über die "Massen" aufgegeben. Konkrete Vorschläge zur Lösung dieser Probleme werden nicht gemacht.

4."Die Partei planmäßig und schrittweise ausrichten und den Arbeitsstil der Partei grundlegend verbessern"

Im ZK-Bericht wird offen zugegeben, daß sich seit dem Sturz der "Viererbande" im Oktober 1976 der sog. "Arbeitsstil der Partei" noch nicht grundlegend verbessert habe. Privilegiensucht, Amtsmißbrauch, Unterschlagung, Korruption und ähnliches Fehlverhalten der Parteimitglieder und Funktionäre "haben dem Ansehen der Partei in großem Maße geschadet" (57).

In diesem Zusammenhang kündigte Hu Yaobang eine umfangreiche Säuberungsaktion innerhalb der gesamten Partei an: Mit Beginn der zweiten Jahreshälfte 1983 sollen innerhalb von drei Jahren alle Parteiorganisationen politisch und personell an dem Kurs der Deng-Fraktion "ausgerichtet" werden. Die personellen Säuberungen sollen bei den zentralen Führungsorganen der Partei beginnen und dann auf den nachgeordneten Ebenen bis hin zu den Grundorganisationen der KP Chinas fortgesetzt werden. Die politische "Ausrichtung" der Partei soll vor allem mit einer ideologischen Erziehung aller 39 Millionen Parteimitglieder erreicht werden. Im Anschluß daran soll eine Registrierung aller Parteimitglieder stattfinden, wobei all jene aus der Partei ausgeschlossen werden sollen, die trotz der zuvor erfolgten ideologischen Erziehung als politisch unqualifiziert eingestuft werden. (58) Damit kündigt sich seit der sog. "Ausrichtungsbewegung" von Yan'an im Jahre 1942 und nach der sog. "Kulturrevolution" von 1966 bis 1969 die dritte große Säuberungswelle innerhalb der Kommunistischen Partei Chinas an. Es ist bezeichnend für die bisherige Stärke der Gegner der Deng-Fraktion, daß diese Säuberungswelle erst sechs Jahre nach dem Tode Maos und dem Sturz der "Viererbande" in Aussicht genommen werden konnte.

Auf der 1.Plenartagung des neugewählten XII.Zentralkomitees gab ZK-Generalsekretär Hu Yaobang in seiner Rede am 13.September 1982 bekannt, daß die parteiinterne Säuberungsaktion im Herbst 1983 beginnen solle. Zuvor werde die 2.Plenartagung des XII.ZK ein Dokument über die "Ausrichtung der Partei" verabschieden. (59)

Anmerkungen zu 4.

1) Hu Yaobang, "Auf allen Gebieten eine neue Situation für die sozialistische Modernisierung schaffen", in: HQ, 1982, Nr.18, S.6-30.
2) Ebenda, S.9.
3) Ebenda.
4) Ebenda, S.29.
4a) Die "Vier grundlegenden Prinzipien" (si xiang jiben yuanzi) waren im März 1979 von Deng Xiaoping als allgemeiner politischer Handlungsrahmen der nachmaoistischen Ära eingeführt worden. Sie lauten:
   - "Festhalten am sozialistischen Weg";
   - "Festhalten an der Diktatur des Proletariats" (ab November 1980 auch: "demokratische Diktatur des Volkes");
   - "Festhalten an der Führung durch die Kommunistische Partei";
   - "Festhalten am Marxismus-Leninismus und an den Mao-Zedong-Ideen".

   Auf der 6.Plenartagung des XI.ZK der KPCh im Juni 1981 waren die "Vier grundlegenden Prinzipien" zur "gemeinsamen politischen Plattform der Einheit der Partei" erklärt worden, d.h. sie stellen den kleinsten gemeinsamen politischen Nenner der verschiedenen Gruppen innerhalb der Partei dar. Als oberstes Prinzip gilt die Anerkennung der alleinigen Führung durch die KP, danach folgt die Beibehaltung des sozialistischen Systems. Siehe C.a., Juli 1982, S.378-379.
5) Ebenda, S.30.
6) Ebenda, S.9.
7) Ebenda, S.9 f.
8) Siehe RMRB, 14.12.81.
9) Hu Yaobang, "Auf allen Gebieten...", S.9 f.
10) Siehe u.a. R.Machetzki, "Reform in der statistischen Arbeit: Einführung des 'Nettoproduktionswertes' in Chi-

na?", in: C.a., August 1979, S.899-902. Vgl. Wörterbuch der Ökonomie (Sozialismus), Ost-Berlin 1973, S.185-186.
11) RMRB, 27.10.82, S.2.
12) Siehe Anm.8.
13) Hu Yaobang, "Auf allen Gebieten...", S.10.
14) Ebenda, S.11.
15) Siehe E.Louven, "Die 4.Tagung des V.Nationalen Volkskongresses: Die Regulierung der Wirtschaft wird fortgesetzt", in: C.a., Dezember 1981, S.806-808.
16) Hu Yaobang, "Auf allen Gebieten...", S.11-12.
17) Siehe ebenda, S.12.
18) Ebenda, S.13.
19) Ebenda.
20) Siehe RMRB, 5.11.81.
21) Siehe RMRB, 2. und 14.12.81.
22) Hu Yaobang, "Auf allen Gebieten...", S.13-14.
23) Ebenda, S.14.
24) Ebenda.
25) Ebenda, S.15.
26) Ebenda, S.17.
27) Ebenda.
28) Siehe Abschnitt 2.4.
29) Hu Yaobang, "Auf allen Gebieten...", S.16.
30) Ebenda.
31) Ebenda, S.18.
32) Ebenda.
33) Ebenda.
34) Ebenda, S.19.
35) Ebenda, S.9.
36) Ebenda, S.19.
37) Ebenda, S.20.
38) Ebenda, S.21.
39) Ebenda.
40) Ebenda.
41) Ebenda, S.23.
42) Der maßgeblich von China bewirkte Niedergang der KP Thailands kann hier nicht als Gegenbeweis herhalten: Die chinesischen Kommunisten opferten die KPTh, weil sie die Zustimmung der thailändischen Regierung für ihre Unterstützung der prochinesischen Roten Khmer in Kambodscha benötigten. Ein großer Teil des chinesischen Nachschubs für die Roten Khmer wird nämlich über thailändisches Territorium transportiert.
43) Hu Yaobang, "Auf allen Gebieten...", S.20.
44) Ebenda, S.22.
45) Ebenda.
46) Ebenda.
47) Ebenda, S.23.
48) Ebenda; siehe auch RMRB, 8.6.82.
49) Hu Yaobang, "Auf allen Gebieten...", S.23-24.
50) Ebenda, S.24.
51) Siehe C.a., März 1982, S.126-128; C.a., Mai 1982, S.264-266.
52) Hu Yaobang, "Auf allen Gebieten...", S.26.
53) Ebenda.
54) Ebenda.
55) Ebenda.
56) Ebenda, S.27.
57) Ebenda, S.28.
58) Ebenda
59) RMRB, 22.10.82.

5.
Das neue Parteistatut

5.1.
Zum Charakter des Parteistatuts

Gilt die Verfassung der Volksrepublik China als das "Grundgesetz des Staates" (1), so kann das Statut der KP Chinas als das Grundgesetz der Partei bezeichnet werden. Es erfüllt im wesentlichen drei Funktionen:

- Im "Allgemeinen Programm" gibt das Parteistatut Auskunft über den grundlegenden politischen Kurs der Partei und dient gleichzeitig als allgemeine Richtschnur für das politische Handeln der Parteimitglieder. Diese progammatische Funktion beschränkt sich jedoch nicht nur auf die Partei: da der sozialistische Staat ausschließlich als Werkzeug der Kommunistischen Partei zur Durchsetzung ihrer Interessen dient, kommt diesem programmatischen Teil der Parteisatzung auch die Rolle eines politischen Grundsatzprogramms für die gesamte Gesellschaft zu.

- Ebenso wie die Verfassung erfüllt das Parteistatut eine normative Ordnungsfunktion, indem es die Struktur und die organisatorischen Prinzipien der Partei festlegt.

- Vor allem aber dient das Parteistatut als Verhaltenskodex sowohl für die Parteimitglieder als auch für die Elite. Die entsprechenden Vorschriften betreffen nämlich nicht nur das allgemeine politische Verhalten der Parteimitglieder sondern auch die Art und Weise der politischen Auseinandersetzung, der Entscheidungsfindung und der Durchsetzung von Parteibeschlüssen auf den oberen Parteiebenen.

Die Geschichte der Kommunistischen Partei Chinas und der von ihr geführten Volksrepublik hat jedoch deutlich gemacht, daß das Parteistatut nicht immer diese Funktionen erfüllen konnte. Vor allem die maoistische Fraktion handelte in ihren zahlreichen Macht- und Richtungskämpfen sehr oft nur dann im Rahmen der Parteisatzung, wenn dieser zur Verwirklichung ihrer Ziele ausreichte - ansonsten setzte man sich über ihre Bestimmungen hinweg. In dem Zeitraum von 1966-1976 konnte von einer normativen Kraft des Parteistatuts kaum die Rede sein. Eine Rückbesinnung auf legalistische Prinzipien zur Regelung nicht nur des gesellschaftlichen sondern auch des innerparteilichen Zusammenlebens setzte erst im Jahre 1978 wieder ein.

Das auf dem XII.Parteitag verabschiedete Statut der KPCh (2) ist das elfte Grundgesetz der Partei in ihrer 61jährigen Geschichte - der I.Parteitag im Jahre 1921 hatte lediglich ein Parteiprogramm verabschiedet. Die vorliegende Parteisatzung ist in das "Allgemeine Programm" und zehn Kapitel mit insgesamt 50 Artikeln untergliedert:

Allgemeines Programm
Kapitel I:
Die Mitglieder der Partei (Art.1-9)
Kapitel II:
Das organisatorische System der Partei (Art.10-17)
Kapitel III:
Die zentralen Organisationen der Partei (Art.18-23)
Kapitel IV:
Die lokalen Organisationen der Partei (Art.24-29)
Kapitel V:
Die Grundorganisationen der Partei (Art.30-33)
Kapitel VI:
Die Kader der Partei (Art.34-37)
Kapitel VII:
Die Disziplin der Partei (Art.38-42)
Kapitel VIII:
Die Disziplinkontrollorgane der Partei (Art.43-45)
Kapitel IX:
Die Führungsgruppen der Partei (Art.46-48)
Kapitel X:
Die Beziehungen zwischen der Partei und dem Kommunistischen Jugendverband (Art.49-50)

Sowohl vom Umfang als auch vom Inhalt her knüpft das neue Parteistatut an die auf dem VIII.Parteitag der KPCh im Jahre 1956 verabschiedete Parteisatzung an, die 60 Artikel umfaßte. Die darauf folgenden Mini-Statute von 1969 (IX.Parteitag) und 1973 (X.Parteitag), die jeweils nur 12 Artikel aufwiesen, hatten ganz im Zeichen der maoistischen Willkürherrschaft gestanden. Auch die bis 1982 formal gültige Satzung von 1977 (XI.Parteitag), die neben dem Allgemeinen Parteiprogramm 19 Artikel enthielt, stand noch ganz in der Tradition der Kulturrevolution. Der relativ große Umfang und der relativ hohe Grad der Konkretisierung der Bestimmungen des neuen Parteistatuts spiegeln offenbar den

Wunsch der nachmaoistischen Parteiführung wider, an die Legalität der 50er Jahre anzuknüpfen und der Parteisatzung wieder mehr normative Kraft zu verleihen.

Die Ausarbeitung des neuen Parteistatuts hatte bereits im Winter 1979 auf Initiative des Ständigen Ausschusses des Politbüros begonnen. Zunächst erarbeiteten Mitarbeiter der ZK-Organisationsabteilung, der ZK-Parteischule und der Forschungsgruppe des ZK-Hauptbüros einen ersten Entwurf. Aufgrund dieser Vorlage beschloß das Politbüro im Januar 1980, mit der Abänderung des Parteistatuts offiziell zu beginnen. Zu diesem Zweck wurde die "Arbeitsgruppe zur Abänderung des Parteistatuts" (dangzhang xiugai xiaozu) gebildet. Zu ihrem Leiter wurde Hu Qiaomu ernannt, während im Politbüro Deng Xiaoping und Hu Yaobang für die Neufassung der Parteifassung verantwortlich zeichneten (3).

Auf der Grundlage des ursprünglichen Entwurfs arbeitete dieses Ad-hoc-Organ des Zentralkomitees einen neuen Abänderungsentwurf aus. Dieser zweite Entwurf wurde zunächst vom Politbüro diskutiert und dann an die 5.Plenartagung des XI.ZK (23.-29.2.1980) zur Beratung überwiesen. Auf der ZK-Plenartagung wurden allein 570 Abänderungsvorschläge gemacht (4). Anhand der Abänderungswünsche verfaßte die Arbeitsgruppe im März 1980 einen dritten Abänderungsentwurf, der am 2.April als ZK-Dokument 1980/Nr.29 parteiintern verbreitet wurde (5). In dem Begleitschreiben forderte die Parteizentrale die Parteikomitees der nachgeordneten Ebenen auf, bis spätestens Ende September 1980 Änderungsvorschläge zu machen (6). Aus der Tatsache, daß der dritte Abänderungsentwurf parteiintern auf allen Ebenen bekannt gemacht und diskutiert wurde, kann geschlossen werden, daß die Parteizentrale diesen Entwurf damals bereits als quasi endgültige Fassung des neuen Parteistatuts betrachtete.

Der Reformeifer der Deng-Fraktion bewirkte jedoch eine nochmalige Revision des Parteistatuts: auf einer erweiterten Sitzung des Politbüros kündigte Deng Xiaoping am 18.August 1980 in einer Rede eine Reihe von Reformen an, die später von seinen Anhängern euphorisch als die "80er Reform" (gengshen gaige) bezeichnet wurden. Hierzu zählte vor allem die Abschaffung des Politbüros und seines Ständigen Ausschusses. Stattdessen sollte das "Zentrale Exekutivkomitee" (zhongyang zhixing weiyuanhui) - eine neue Be-

Der Wandel der zentralen Führungsstruktur der Kommunistischen Partei China, 1969-1982

Schaubild 1: KPCh-Führungsstruktur, April 1969 - Dezember 1978

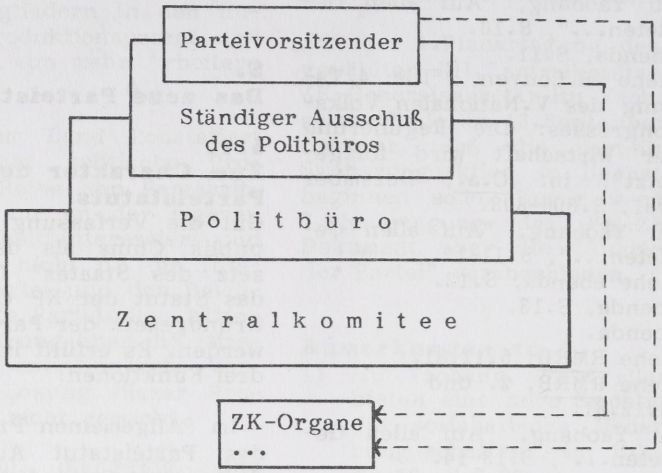


Schaubild 2: KPCh-Führungsstruktur, Dezember 1978 - Februar 1980

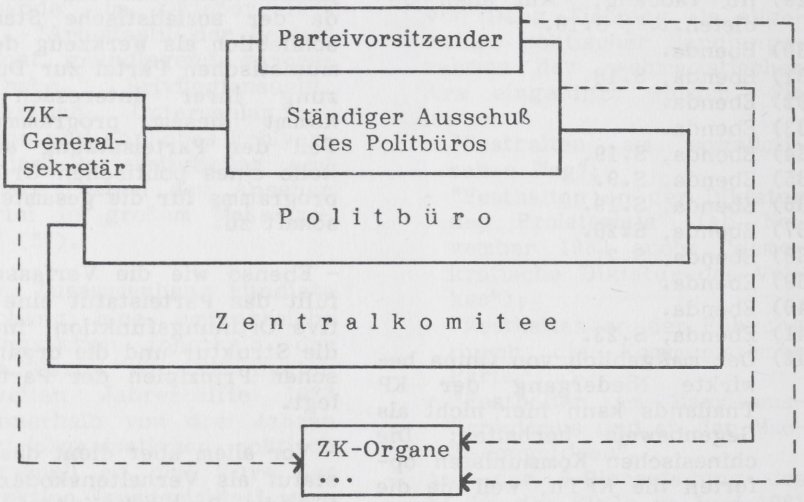


Schaubild 3: KPCh-Führungsstruktur, Februar 1980 - Juni 1981

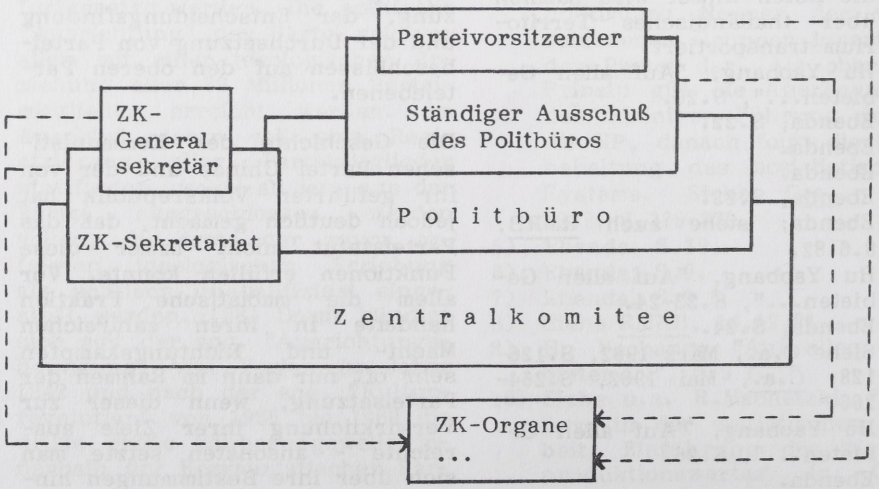


Schaubild 4: KPCh-Führungsstruktur, Juni 1981 - September 1982

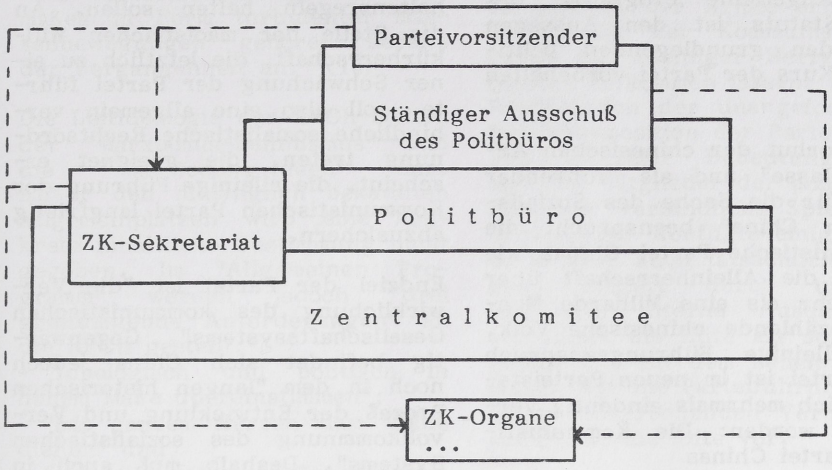


Schaubild 5: KPCh-Führungsstruktur seit September 1982

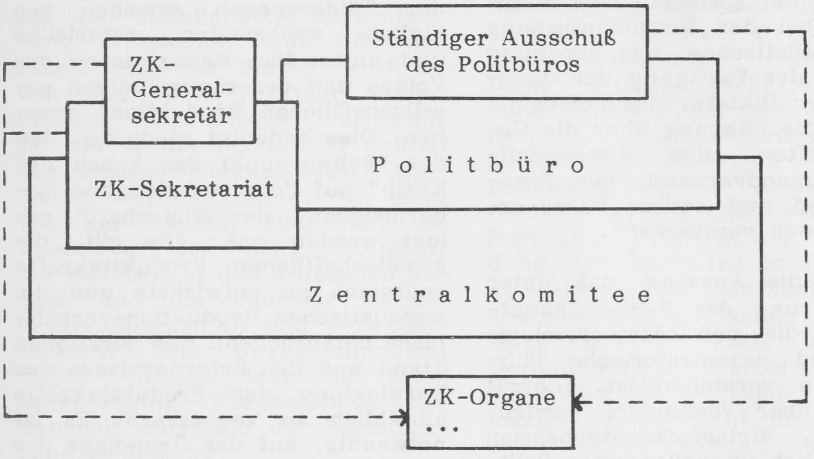
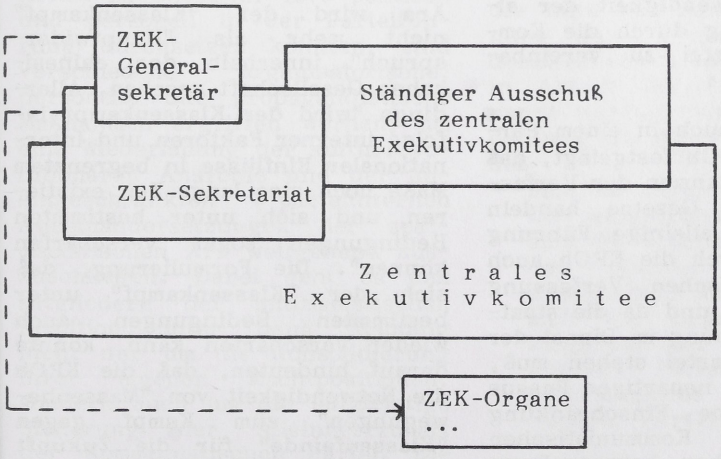


Schaubild 6: "80er-Reform"-Plan für die KPCh-Führungsstruktur



----------→ = Weisungsstrang

zeichnung für das ZK - lediglich einen "Ständigen Ausschuß" wählen, der zwischen den ZEK-Plenartagungen für die politischen Grundsatzentscheidungen zuständig sein sollte. Die tagespolitische Routinearbeit sollte ausschließlich vom ZEK-Sekretariat erledigt werden. Darüber hinaus beinhaltete das Reformprogamm die Schaffung einer Zentralen Beraterkommission, die zusammen mit der Zentralen Disziplinkontrollkommission in den gleichen Rang wie das ZEK erhoben werden sollte. Angesichts dieser einschneidenden Reformvorschläge beschloß das Politbüro Ende August 1980, den dritten Entwurf des Parteistatuts vom April 1980 noch einmal erheblich umzuarbeiten. Anfang September wurden die Parteiorganisationen aufgefordert, zu den von Deng Xiaoping vorgeschlagenen Reformen der Führungsstruktur der Kommunistischen Partei bis Mitte Oktober Stellung zu nehmen. Offensichtlich sollte das Parteistatut so schnell wie möglich überarbeitet werden, um den ursprünglich beschlossenen Zeitplan für den XII.Parteitag einhalten zu können (7).

Die mit dem Sturz von Hua Guofeng im Dezember 1980 einsetzenden schweren innerparteilichen Konflikte führten nicht nur zu einer anderthalbjährigen Verzögerung des XII.Parteitags sondern auch zu einer vorübergehenden Einstellung der Arbeiten am neuen Parteistatut. Erst im Mai 1982 konnte die "Arbeitsgruppe zur Abänderung des Parteistatuts" ihre Arbeit fortsetzen und den vierten Abänderungsentwurf fertigstellen. Dieser Entwurf wurde im Juni 1982 vom ZK-Sekretariat parteiintern verbreitet, darunter an alle Delegierten des XII.Parteitags. Anhand der daraufhin erfolgten Änderungsvorschläge nahm die Arbeitsgruppe im Juli 1982 erneute Änderungen am Entwurf des Parteistatuts vor und arbeitete die fünfte Fassung aus. Nach einer Diskussion im Politbüro wurde dieser fünfte Abänderungsentwurf auf einer Arbeitstagung des Zentralkomitees Anfang August 1982 beraten und schließlich auf der darauffolgenden 7.Plenartagung des XI.ZK angenommen und an den XII.Parteitag zur endgültigen Verabschiedung überwiesen (8).

Der fünfte Abänderungsentwurf des Parteistatuts enthielt offenbar das Kernstück der von der Deng-Fraktion vorgeschlagenen Reform der Führungsstruktur der Partei, nämlich die ersatzlose Streichung des Ständigen Ausschusses des Politbüros und die damit verbundene de-facto-Aufwertung des ZK-Sekretariats (9). Damit wären

nicht nur die Kompetenzstreitigkeiten zwischen dem ZK-Sekretariat und dem Ständigen Ausschuß des Politbüros beendet worden, die in der seit Februar 1980 gültigen Führungsstruktur der KP Chinas angelegt sind. Mit der Abschaffung des Ständigen Ausschusses des Politbüros wären auch Li Xiannian und Ye Jianying degradiert worden, die beide als Reformgegner gelten. Ein Vergleich der verschiedenen Führungsstrukturmodelle der KP Chinas zeigt, daß der "80er-Reform"-Plan im Prinzip jene eindeutige hierarchische Gliederung vorsah, die bereits von 1969 bis Dezember 1978 Gültigkeit hatte - mit dem entscheidenden Unterschied, daß damit nun die Herrschaft der Deng-Fraktion abgesichert werden sollte. Angesichts dieses Sachverhalts drängt sich die Frage auf, ob die Schaffung des Postens eines ZK-Generalsekretärs (intern seit Dezember 1978, offiziell ab Februar 1980) und die Einrichtung des ZK-Sekretariats (Februar 1980) nicht lediglich organisatorische Maßnahmen zur Verminderung des politischen Einflusses der Gegner der Deng-Fraktion waren bzw. sind.

Offenbar erkannten die Gegner der Deng-Fraktion kurz vor dem XII.Parteitag die Gefahren, die sich für sie aus der Abschaffung des Ständigen Ausschusses des Politbüros ergeben würden. So wurden während der Beratungen des Parteistatuts auf dem XII.Parteitag plötzlich "sehr viele" neue Änderungsvorschläge gemacht, obwohl die Parteitagsdelegierten bereits im Juni 1982 zum Parteistatut Stellung genommen hatten. Daraufhin sah sich das Sekretariat des Kongresses gezwungen, erneut Änderungen an der Parteisatzung vorzunehmen (10). Die Reformer mußten ihren Gegnern die Beibehaltung des Ständigen Ausschusses des Politbüros zugestehen. Ein weiteres Zugeständnis war, daß der ursprünglich vorgesehene Artikel über die Pensionierung von Führungskadern ersatzlos gestrichen wurde - er hatte detaillierte Altersgrenzen und eine Beschränkung der Amtszeiten enthalten. Auch das Verbot der Ämterhäufung wurde aus dem Parteistatut gestrichen (11). Dafür gelang es der Deng-Fraktion jedoch, die Zentrale Beraterkommission dem ZK unter- und nicht - wie zeitweilig geplant - gleichzuordnen. Diese Änderungen fanden Eingang in den mittlerweile sechsten Entwurf des Parteistatuts, der schließlich am 6.September 1982 von den Delegierten des XII.Parteitags einstimmig angenommen wurde.

5.2. Aussagen zum politischen Kurs der Kommunistischen Partei Chinas

Das "Allgemeine Programm" des KPCh-Statuts ist den Aussagen über den grundlegenden politischen Kurs der Partei vorbehalten (12).

Als "Vorhut der chinesischen Arbeiterklasse" und als "führender Kern für die Sache des Sozialismus in China" beansprucht die Kommunistische Partei Chinas wie bisher die Alleinherrschaft über das mehr als eine Milliarde Menschen zählende chinesische Volk. Der alleinige Führungsanspruch der Partei ist im neuen Parteistatut gleich mehrmals eindeutig verankert worden: Die Kommunistische Partei Chinas
- "führt das Volk aller Nationalitäten bei der sozialistischen Modernisierung der Wirtschaft";
- "führt das Volk... beim Aufbau einer hochentwickelten geistigen Zivilisation des Sozialismus";
- "führt das Volk bei der Entwicklung der sozialistischen Demokratie, bei der Vervollkommnung der sozialistischen Rechtsordnung und bei der Festigung der demokratischen Diktatur des Volkes";
- "muß die Führung über die Gewerkschaften, den Kommunistischen Jugendverband, den Frauenverband und andere Massenorganisationen verstärken".

Neu ist die Aussage, daß unter der Führung der Partei "hauptsächlich die politische, ideologische und organisatorische Führung" zu verstehen ist. Hiermit soll offenbar verhindert werden, daß z.B. Wirtschaftsunternehmen von fachlich unqualifizierten Politkadern der Partei geleitet werden. Obwohl sich damit die Abkehr vom allumfassenden Führungsanspruch der Partei auch im Parteistatut ankündigt, dürfte es in der Praxis sehr schwer sein, ökonomische Sachzwänge mit der politischen Notwendigkeit der alleinigen Führung durch die Kommunistische Partei zu vereinbaren.

Erstmals wird auch in einem Parteistatut der KPCh festgelegt, daß "die Partei im Rahmen der Verfassung und der Gesetze handeln muß". Da die alleinige Führung des Staates durch die KPCh auch in der chinesischen Verfassung niedergelegt ist und da die staatliche Rechtsordnung im Dienst der Diktatur der Partei stehen muß, darf aus diesem neuartigen Passus nicht etwa eine Einschränkung der Rolle der Kommunistischen Partei als solcher herausgelesen werden. Es geht hier vielmehr einzig und allein darum, daß sich auch die Parteimitglieder und -organisationen an die von der Parteiführung kodifizierten gesellschaftlichen und politischen Verhaltensregeln halten sollen. An die Stelle der maoistischen Willkürherrschaft, die letztlich zu einer Schwächung der Partei führte, soll also eine allgemein verbindliche sozialistische Rechtsordnung treten, die geeignet erscheint, die alleinige Führung der Kommunistischen Partei langfristig abzusichern.

Endziel der Partei ist "die Verwirklichung des kommunistischen Gesellschaftssystems". Gegenwärtig befindet sich China jedoch noch in dem "langen historischen Prozeß der Entwicklung und Vervollkommnung des sozialistischen Systems". Deshalb muß auch in Zukunft an dem Leistungsprinzip "Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung" festgehalten werden.

Als "Hauptwiderspruch" innerhalb der chinesischen Gesellschaft wird der "Widerspruch zwischen den täglich wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnissen des Volkes und der rückständigen gesellschaftlichen Produktion" gesehen. Dies bedeutet wiederum, daß der "Schwerpunkt der Arbeit der KPCh" auf "die sozialistische Modernisierung der Wirtschaft" gelegt werden muß: "Es gilt, die gesellschaftlichen Produktivkräfte energisch zu entwickeln und die sozialistischen Produktionsverhältnisse entsprechend dem wirklichen Stand und den Erfordernissen der Entwicklung der Produktivkräfte allmählich zu verbessern. Es ist notwendig, auf der Grundlage der Entwicklung der Produktion und des Wachstums des gesellschaftlichen Reichtums den materiellen und kulturellen Lebensstandard der Bevölkerung in Stadt und Land allmählich zu erhöhen."

Im Gegensatz zur spätmaoistischen Ära wird der "Klassenkampf" nicht mehr als "Hauptwiderspruch" innerhalb der chinesischen Gesellschaft gesehen. Allerdings "wird der Klassenkampf infolge interner Faktoren und internationaler Einflüsse in begrenztem Maße noch eine lange Zeit existieren und sich unter bestimmten Bedingungen sogar verschärfen können". Die Formulierung, daß sich der "Klassenkampf" unter bestimmten Bedingungen auch wieder verschärfen kann, könnte darauf hindeuten, daß die KPCh die Notwendigkeit von "Massenbewegungen" zum Kampf gegen "Klassenfeinde" für die Zukunft nicht völlig ausschließen möchte. Ein weiteres Indiz hierfür ist, daß der folgende Passus aus dem Ab-

änderungsentwurf vom April 1980 für die Endfassung des Parteistatuts nicht übernommen wurde: "Die Klassenkämpfe großen Ausmaßes in Form turbulenter Massenbewegungen gehören bereits der Vergangenheit an." (13)

Die Leitideologie der KPCh stellen der "Marxismus-Leninismus" und die "Mao-Zedong-Ideen" dar. Außer den hinlänglich bekannten Allgemeinplätzen wird eine konkrete inhaltliche Bestimmung nicht gegeben. Im "Allgemeinen Programm" werden jedoch "drei grundlegende Anforderungen" an die KPCh gestellt:
- "Ideologisch und politisch in hohem Maße übereinstimmen";
- "mit ganzem Herzen dem Volke dienen" und
- "am demokratischen Zentralismus festhalten".

Als "politische Basis für die Geschlossenheit und die Einheit der ganzen Partei" werden die Einhaltung der "Vier grundlegenden Prinzipien" und die Konzentration auf die "sozialistische Modernisierung" bezeichnet. Zur "ideologischen Linie der Partei" wird die von der Deng-Fraktion aufgebrachte Zauberformel erhoben, mit der bisher noch jeder Schritt des Demaoisierungsprozesses legitimiert werden konnte: "In allem von der Realität ausgehen, die Theorie mit der Praxis verbinden, die Wahrheit in den Tatsachen suchen und die Wahrheit in der Praxis überprüfen und weiterentwickeln." Die Unverbindlichkeit dieser Aussage läßt auf einen ausgeprägten Pragmatismus der Mehrheit innerhalb der Parteiführung schließen.

5.3. Das Parteistatut als politischer Verhaltenskodex der Elite

Seitdem sich die antimaoistischen Kräfte auf der 3.Plenartagung des XI.ZK im Dezember 1978 politisch und personell in der Parteiführung durchsetzen konnten, sind verschiedene organisatorische, personelle und propagandistische Maßnahmen ergriffen worden, um eine Wiederholung der kulturrevolutionären Anarchie und der uneingeschränkten parteiinternen Auseinandersetzungen der spätmaoistischen Ära weitgehend auszuschließen. Dabei geht es den Mitgliedern der antimaoistischen Koalition unter Deng Xiaoping nicht nur um die Konsolidierung ihrer eigenen Machtpositionen, sondern auch um die langfristige Sicherung der Alleinherrschaft der Kommunistischen Partei. Die gnadenlosen interfraktionellen Kämpfe und die im Namen der KP Chinas ausgeübten Willkürakte während der Kulturrevolution haben nämlich nicht nur unter breiten Teilen der Bevölkerung sondern auch innerhalb der Partei und in der Armee erhebliche Zweifel an der Kommunistischen Partei als alleiniger Herrschaftsinstanz aufkommen lassen. Bei der Restauration der unangefochtenen Führungsposition der Partei ist es von zentraler Bedeutung, daß sich die Mitglieder der politischen Elite auf verbindliche Spielregeln intraelitärer Konflikte einigen und diese dann auch tatsächlich befolgen, anstatt durch uneingeschränkte interne Auseinandersetzungen die Elite als solche zu gefährden. Mit dem neuen Parteistatut legt die Parteiführung auch einen entsprechenden Verhaltenskodex für die Elite vor.

Unter dem Begriff der politischen Elite verstehen wir die Gruppe der sogenannten "Führungskader" (lingdao ganbu). Sie umfaßt alle leitenden Funktionäre, die mindestens den Rang eines stellvertretenden Amts- bzw. Abteilungsleiters (fujuzhang bzw. fusizhang) oder eines stellvertretenden Divisionskommandeurs innehaben. Diese Gruppe macht insgesamt rund 80.000 Kader aus (14). Innerhalb dieser Führungsschicht werden alle wichtigen Entscheidungen getroffen - von der politischen Grundsatzentscheidung im Politbüro bis hin zu der Entscheidung der untersten lokalen Ebene, wie die von der Zentrale beschlossenen politischen Grundsätze in die Praxis umgesetzt werden sollen. Hierbei darf die Rolle der Führungskader auf der lokalen Ebene nicht unterschätzt werden: Sie können selbst die eindeutigsten Mehrheitsentscheidungen des Zentralkomitees sabotieren, indem sie die Beschlüsse der Zentrale so ausführen, daß sie eben nicht die vom ZK beabsichtigte Wirkung zeitigen.

Als wichtigste Verhaltensregel für die Elite erscheint die Anerkennung der "Grundprinzipien des demokratischen Zentralismus", die in Art.10 des Parteistatuts genannt werden. Von zentraler Bedeutung ist dabei die Vorschrift, daß
- "sich die Minderheit der Mehrheit unterordnen muß,
- sich die unteren Organisationen den höheren Organisationen unterordnen müssen und
- sich alle Organisationen und Mitglieder der Partei dem Nationalen Parteitag und dem Zentralkomitee unterordnen müssen" (Art.10, Abs.1).

Diese Forderungen sind offenbar derart wichtig, daß sie in Art.15 und 16 noch einmal inhaltlich wiederholt werden. Nur dadurch kann nämlich gewährleistet werden, daß "die Geschlossenheit und Einheit der Partei gewahrt werden" - wie dies Art.3 der Parteisatzung fordert.

Auffällig sind auch die Vorschriften mit deren Hilfe eine Neuauflage der maoistischen Willkürherrschaft und des Personenkultes um Mao Zedong verhindert werden soll. So verlangt Art.10, Abs.5, das System der kollektiven politischen Führung in allen Parteikomitees durchzusetzen. In Art.16 heißt es ergänzend, daß es "keinem führenden Kader erlaubt ist, eigenmächtig zu handeln und sich über die Organisation zu stellen". In Art.10, Abs.6 schließlich "verbietet die Partei Personenkult jeglicher Art" und verlangt: "Es ist sicherzustellen, daß die Tätigkeiten der Parteiführer unter der Kontrolle der Partei und des Volkes stehen ..."

Außer den acht in Art.3 vorgeschriebenen "Pflichten" eines normalen Parteimitglieds müssen die "Führungskader" noch sechs "grundlegende Anforderungen" erfüllen, die in Art.35 genannt sind. Signifikant ist hierbei vor allem die Tatsache, daß die Forderung nach Einhaltung der Vorschriften und Verordnungen der Partei und des Staates für die Führungskader ausdrücklich wiederholt wird.

Verstöße gegen das Parteistatut oder die staatlichen Gesetze werden parteiintern von den Disziplinkontrollkommissionen behandelt, die unter anderem als Wächter des Grundgesetzes der Partei fungieren (15).

5.4. Der organisatorische Aufbau der KPCh

Organisationsprinzip der Kommunistischen Partei Chinas ist der sogenannte "demokratische Zentralismus". Er besagt im Kern, daß sich "alle Organisationen und alle Mitglieder der Partei dem Nationalen Parteitag und dem Zentralkomitee unterordnen müssen", da diese beiden "das höchste Führungsorgan der Partei" ausmachen (16).

De facto stellen jedoch das Politbüro des ZK und sein Ständiger Ausschuß das höchste Führungsorgan der KPCh dar. Während das Politbüro in Vertretung des ZK-Plenums die politischen Grundsatzentscheidungen trifft, fungiert sein Ständiger Ausschuß als "führender Kern der gesamten laufenden Arbeit der Partei" (17).

Die im Politbüro gefällten Grundsatzentscheidungen werden vom ZK-Sekretariat vorbereitet und hernach in konkrete politische Richtlinien umgesetzt. Da "das Sekretariat unter der Führung des Politbüros und seines Ständigen Ausschusses für die laufende Arbeit des Zentralkomitees zuständig ist" (18), unterstehen ihm die verschiedenen ZK-Organe, deren Arbeit es koordiniert. Das ZK-Sekretariat ist daher der eigentliche Kopf der Parteibürokratie. Obwohl das ZK-Sekretariat dem Ständigen Ausschuß des Politbüros eindeutig untergeordnet ist, dürfte es in der Praxis zu Kompetenzstreitigkeiten kommen, da beide Organe mit der laufenden Arbeit der Parteizentrale befaßt sind.

Geleitet wird das ZK-Sekretariat vom Generalsekretär des Zentralkomitees, der auch für die Einberufung der Sitzungen des Politbüros und seines Ständigen Ausschusses zuständig ist. Der ZK-Generalsekretär (Hu Yaobang) ist ebenso Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros wie die Vorsitzenden der ZK-Militärkommission (Deng Xiaoping), der Zentralen Disziplinkontrollkommission (Chen Yun) und der Zentralen Beraterkommission (Deng Xiaoping). Ein ungeschriebenes Gesetz besagt offenbar, daß auch der Ministerpräsident (Zhao Ziyang) Mitglied des Ständigen Politbüro-Ausschusses sein muß. Darüber hinaus gehören dem Ständigen Ausschuß des Politbüros mit Li Xiannian und Ye Jianying die Vertreter der zwei mächtigsten funktionalen Interessengruppen an: der Zentralen Planungsbürokratie und der Armee. So entpuppt sich der Ständige Ausschuß des Politbüros als ein kollektives Führungsorgan, dem die obersten Vertreter der wichtigsten Institutionen und Gruppen in Partei, Staat und Armee angehören. Auf höchster Ebene werden hier die verschiedenen intraelitären Gruppeninteressen ausgeglichen, die Arbeit der Führungsorgane von Partei, Staat und Armee koordiniert und wichtige tagespolitische Entscheidungen getroffen.

Politische Grundsatzentscheidungen sind dem Politbüro und dem Zentralkomitee vorbehalten. Die bisherigen Erkenntnisse über die politische Entwicklung seit Dezember 1978 lassen den Schluß zu, daß die eigentlichen Entscheidungen im Politbüro oder auf einer erweiterten Sitzung des Politbüros fallen. Damit eine politische Grundsatzentscheidung des Politbüros parteioffiziell wird, bedarf es jedoch eines formellen Beschlusses einer ZK-Plenartagung, die mindestens einmal jährlich stattfindet.

Das ZK-Plenum wählt das Politbüro des Zentralkomitees, den Ständigen Ausschuß des Politbüros, das ZK-Sekretariat und den Generalsekretär des Zentralkomitees. Das Zentralkomitee bzw. sein Politbüro oder dessen Ständiger Ausschuß, die zwischen den ZK-Plenartagungen die Funktionen des Zentralkomitees ausüben, ernennt auch die Mitglieder der ZK-Militärkommissionen, die das höchste Führungsorgan der Partei über die Armee darstellt. Auch die Zentrale Disziplinkontrollkommission und die Zentrale Beraterkommission stehen unter der Führung des Zentralkomitees - ihre Mitglieder werden allerdings nicht vom ZK ernannt sondern vom Nationalen Parteitag gewählt.

Die Mitglieder und Kandidaten des Zentralkomitees werden vom Nationalen Parteitag der KPCh gewählt, der alle fünf Jahre einmal stattfinden soll. Gilt der Nationale Volkskongreß als Akklamationsorgan der Zentralregierung, so kann der Nationale Parteitag als Akklamationsforum der Parteiführung bezeichnet werden. Dies wird dadurch gewährleistet, daß das Zentralkomitee den Termin für den Parteikongreß festlegt und über die Anzahl der Abgeordneten und über das Verfahren zur Wahl der Delegierten entscheidet. Außer dem Zentralkomitee wählt der Nationale Parteitag auch die Zentrale Beraterkommission und die Zentrale Disziplinkontrollkommission.

Die Schaffung des Beratergremiums dient einzig und allein der gesichtswahrenden Pensionierung von altersschwachen und politisch oder fachlich minderqualifizierten Führungskadern und damit auch der Verjüngung der Parteiführung. Sobald diese Ziele erreicht sind, soll die Kommission aufgelöst werden. Der Beraterstab ist deshalb nur ein provisorisches Organ, das spätestens in 15 Jahren wieder abgeschafft werden soll - dies eröffnete Deng Xiaoping den neugewählten Beratern kurz nach seiner Wahl zum Vorsitzenden dieses Gremiums auf der ersten Sitzung der Beraterkommission am 13.September 1982. Eindringlich forderte Deng von den Mitgliedern der Zentralen Beraterkommission, "die Arbeit des Zentralkomitees nicht zu behindern" (19).

Demgegenüber stellen die Zentrale Disziplinkontrollkommission und die ihr nachgeordneten Kontrollorgane dauerhafte Institutionen dar. Die Disziplinkontrollkommissionen haben vor allem drei Funktionen: Sie sollen
- das Statut und andere wichtige Vorschriften der Kommunistischen Partei schützen,
- den Parteikomitees bei der Verbesserung des Arbeitsstils der Partei helfen und
- die Befolgung der von der Partei beschlossenen Politik überwachen.

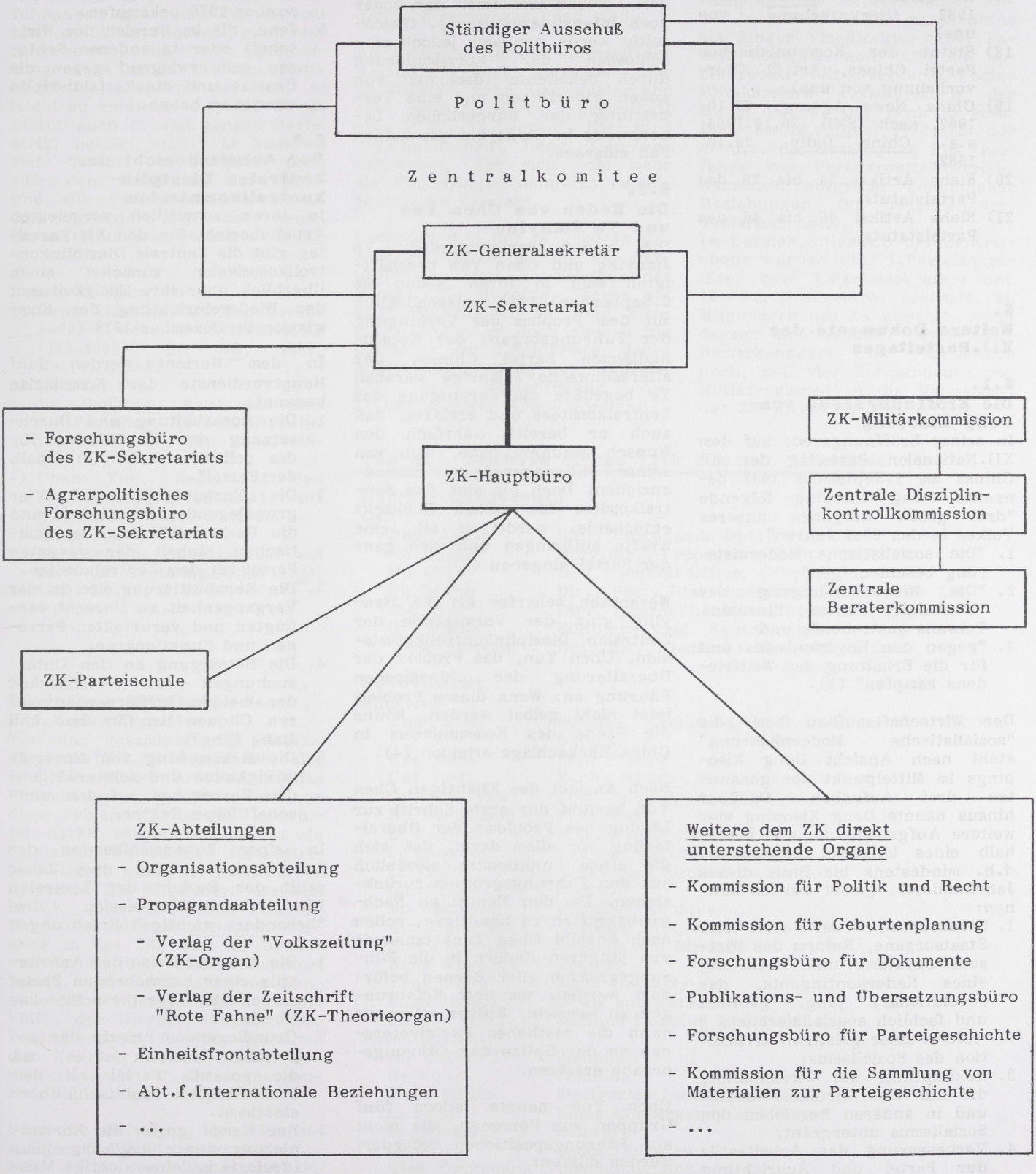
Der oben dargestellte organisatorische Aufbau der KPCh-Zentrale findet im wesentlichen seine Entsprechung auf der Provinz- und Kreisebene (20).

Um zu gewährleisten, daß die nicht zur KPCh zählenden Organisationen, wie Staatsorgane, Massenorganisationen sowie wirtschaftliche und kulturelle Verbände, den politischen Kurs der Parteizentrale befolgen, sollen in den Führungsgremien aller dieser Organisationen sog. "Parteigruppen" (dangzu) eingesetzt werden (21). Damit will die Kommunistische Partei sicherstellen, daß alle formell nicht zur KPCh gehörenden Organisationen unter der konkreten politischen Führung durch die KPCh stehen.

Anmerkungen zu 5.

1) Verfassung der Volksrepublik China vom 4.12.1982, Präambel, in: RMRB, 5.12.1982.
2) Der chinesische Text des Parteistatuts ist zusammen mit einer deutschen Übersetzung abgedruckt in: C.a., Dezember 1982, S.760-783 (Original in: RMRB, 9.9.1982).
3) Hu Qiaomu, in: RMRB, 14.9. 1982; Zhengming, Juli 1980, S.10.
4) XNA, 6.9.1982.
5) Abgedruckt in: Feiqing Yuebao, September 1980, S.75-83, 97.
6) Ebenda, S.75.
7) Lio Gailong, Rede am 25.10. 1980, S.41, 45-46; vgl. Deng Xiaoping, Rede am 18.8. 1980.
8) Hu Qiaomu, in: RMRB, 14.9. 1982.
9) Siehe die bereits in Abschnitt 2.5. analysierten Äußerungen von Parteichef Hu Yaobang gegenüber dem Direktor der französischen Nachrichtenagentur AFP, Henri Pigeat, am 23.8.1982.
10) Hu Qiaomu, in: RMRB, 14.9. 1982.
11) Siehe die Artikel 32 und 33 des Entwurfes der Parteisatzung von April 1980, in: Feiqing Yuebao, September 1980, S.82. Vgl. Artikel 37 des im September 1982 verabschiedeten Parteistatuts.

Die zentralen Führungsorgane der Kommunistischen Partei Chinas



12) Siehe Anmerkung 2.
13) Feiqing Yuebao, September 1980, S.76.
14) Deng Liqun, in: Gongren Ribao, 27.3.1981.
15) Siehe Artikel 38 bis 45 des KPCh-Statuts.
16) Statut der Kommunistischen Partei Chinas, Art.10, Abs.1 und 3.
17) Hu Qiaomu, in: RMRB, 14.9. 1982 (Hervorhebung von uns).
18) Statut der Kommunistischen Partei Chinas, Art.21 (Hervorhebung von uns).
19) China News Agency, 22.10. 1982, nach: SWB, 26.10.1982; s.a. China Daily, 29.10. 1982.
20) Siehe Artikel 24 bis 29 des Parteistatuts.
21) Siehe Artikel 46 bis 48 des Parteistatuts.

6. Weitere Dokumente des XII.Parteitages

6.1. Die Eröffnungsrede von Deng Xiaoping

In seiner Eröffnungsrede auf dem XII.Nationalen Parteitag der KP Chinas am 1.September 1982 benannte Deng Xiaoping folgende "drei große Aufgaben unseres Volkes in den 80er Jahren":

1. "Die sozialistische Modernisierung beschleunigen";
2. "Die Wiedervereinigung des Vaterlandes unter Einschluß Taiwans anstreben"; und
3. "gegen den Hegemonismus und für die Erhaltung des Weltfriedens kämpfen" (1).

Der Wirtschaftsaufbau bzw. die "sozialistische Modernisierung" steht nach Ansicht Deng Xiaopings im Mittelpunkt der genannten drei Aufgaben. Darüber hinaus nannte Deng Xiaoping vier weitere Aufgaben, die nur innerhalb eines längeren Zeitraumes, d.h. mindestens bis Ende dieses Jahrhunderts, gelöst werden können:

1. Strukturreform der Partei- und Staatsorgane, Reform des Wirtschaftssystems und Schaffung eines Kaderkontingents, das revolutionär, jung, gebildet und fachlich spezialisiert ist;
2. Aufbau einer geistigen Zivilisation des Sozialismus;
3. Bekämpfung der Kriminalität, die auf dem Wirtschaftssektor und in anderen Bereichen den Sozialismus untergräbt;
4. Verbesserung des Arbeitsstils der Partei und Ausrichtung der Parteiorganisationen auf der Grundlage des neuen Parteistatuts.

Deng Xiaoping betonte in seiner Eröffnungsrede, daß das Programm für die Modernisierung Chinas von den Realitäten des Landes ausgehen müsse. Es gelte, "einen eigenen Weg zu gehen und den Sozialismus in Übereinstimmung mit den chinesischen Besonderheiten aufzubauen" (2). Deng betonte jedoch, daß China seine Politik der Öffnung gegenüber dem Ausland fortsetzen und sogar noch intensivieren werde. Gleichzeitig werde man sich jedoch entschlossen der Korrumpierung durch dekadente Ideologien von außen widersetzen und eine Verbreitung der bürgerlichen Lebensweise in China auf gar keinen Fall zulassen.

6.2. Die Reden von Chen Yun und Ye Jianying

Die beiden Parteiveteranen Ye Jianying und Chen Yun beschäftigten sich in ihren Reden am 6.September 1982 ausschließlich mit dem Problem der Verjüngung der Führungsorgane der Kommunistischen Partei Chinas. Der altersschwache 85jährige Marshall Ye begrüßte die Verjüngung des Zentralkomitees und erklärte, daß auch er bereits mehrfach den Wunsch geäußert habe, sich von seiner Führungsaufgabe zurückzuziehen. Doch bis sich das Zentralkomitee für seinen Rücktritt entscheide, werde er all seine Kräfte aufbringen und sich ganz der Partei hingeben (3).

Wesentlich schärfer als Ye Jianying ging der Vorsitzende der Zentralen Disziplinkontrollkommission, Chen Yun, das Problem der Überalterung der chinesischen Führung an: Wenn dieses Problem jetzt nicht gelöst werden, könne die Sache des Kommunismus in China Rückschläge erleiden (4).

Nach Ansicht des 83jährigen Chen Yun besteht der erste Schritt zur Lösung des Problems der Überalterung vor allem darin, daß sich die alten Funktionäre allmählich aus den Führungsgremien zurückziehen. Um den Mangel an Nachwuchskräften zu beseitigen, sollen nach Ansicht Chen Yuns tausende von jüngeren Kadern in die Führungsgremien aller Ebenen befördert werden, um dort Erfahrungen zu sammeln. Später sollen sie dann die restlichen Parteiveteranen an der Spitze der Führungsorgane ersetzen.

Chen Yun nannte jedoch fünf Gruppen von Personen, die nicht auf Führungspositionen befördert werden dürfen:

1. Jene, die in der Kulturrevolution aufstiegen, indem sie sich den maoistischen Linken anschlossen und "Rebellion" betrieben.
2. Jene, die vom Fraktionsgeist besessen sind.
3. Jene, die in der Kulturrevolution Schlägerei, Zerstörung und Plünderung betrieben haben.
4. Jene, die die Linie des Zentralkomitees der Partei seit seiner 3.Plenartagung im Dezember 1978 bekämpfen.
5. Jene, die im Bereich der Wirtschaft oder in anderen Sektoren schwerwiegend gegen die Gesetze und die Parteidisziplin verstoßen haben.

6.3. Der Arbeitsbericht der Zentralen Disziplinkontrollkommission

In ihrem schriftlich vorgelegten Arbeitsbericht für den XII.Parteitag gibt die Zentrale Disziplinkontrollkommission zunächst einen Überblick über ihre Tätigkeit seit der Wiedereinrichtung der Kommission im Dezember 1978 (5).

In dem Bericht werden fünf Hauptverdienste der Kommission benannt:

1. Die Ausarbeitung und Durchsetzung der "Richtlinien für das politische Leben innerhalb der Partei".
2. Die Verteidigung der "Vier grundlegenden Prinzipien" und die Bewerkstelligung der politischen Einheit der gesamten Partei mit dem Zentralkomitee.
3. Die Rehabilitierung von in der Vergangenheit zu Unrecht verfolgten und verurteilten Personen und Funktionären.
4. Die Beteiligung an den Untersuchungen der "Verbrechen der beiden konterrevolutionären Cliquen um Lin Biao und Jiang Qing".
5. Die Bekämpfung von Unregelmäßigkeiten und schwerwiegenden Verbrechen auf dem wirtschaftlichen Sektor.

In einer Zusammenfassung der Arbeit der letzten drei Jahre zählt der Bericht der Zentralen Disziplinkontrollkommission drei "besonders wichtige" Erfahrungen auf:

1. Die Art und Weise des Arbeitsstils einer herrschenden Partei entscheidet über ihr politisches Überleben.
2. Grundlegendes Prinzip der politischen Disziplin ist es, daß die gesamte Partei mit dem Zentralkomitee politisch übereinstimmt.
3. Der Kampf gegen die Korrumpierung durch die bürgerliche Ideologie ist eine wichtige Maßnahme zur Ausrichtung der Partei.

6.4.
Die Abschlußrede von Li Xiannian

In seiner Abschlußrede auf dem XII.Parteitag am 11.September 1982 gab das Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros, Li Xiannian, noch einmal einen allgemeinen Überblick über die offiziellen Ergebnisse des Parteikongresses (6). Bei seinen Ausführungen zum neuen Parteistatut hielt es Li für "notwendig, darauf hinzuweisen, daß die Ausarbeitung eines neuen Statuts relativ leicht ist, während es nicht so leicht zu erreichen ist, daß dieses Statut auch in der ganzen Partei strikt befolgt wird." Li Xiannian rief deshalb eindringlich dazu auf, den Arbeitsstil der Partei und alle Parteiorganisationen an den Anforderungen des neuen Parteistatuts auszurichten.

Anmerkungen zu 6.

1) Deng Xiaoping, Eröffnungsrede auf dem XII.Parteitag (1.9.1982), in: HQ, 1982, Nr.18, S.3-5.
2) Ebenda, S.4.
3) Ye Jianying, Rede auf dem XII.Parteitag (6.9.1982), in: HQ, 1982, Nr.18, S.44, 46-47.
4) Chen Yun, Rede auf dem XII.Parteitag (6.9.1982), in: HQ, 1982, Nr.18, S.45-47.
5) Siehe RMRB, 12.9.82.
6) Li Xiannian, Abschlußrede auf dem XII.Parteitag, in: HQ, 1982, Nr.18, S.48-49.

7.4.10.
Die neuen Mitglieder des XII.Zentralkomitees

Von den gesamthaft 210 Mitgliedern des XII.ZK wurden 98, also fast die Hälfte, erstmals in das Führungsorgan gewählt. Wenn wir diese Zahlen mit dem 1977 gewählten XI.ZK vergleichen, so ist ein eklatanter Unterschied festzustellen. Damals waren lediglich 52 von insgesamt 201 Mitgliedern erstmals im ZK, also ein Viertel (weitere 15 fanden damals erneuten Eingang in das ZK, dem sie bereits vor der Kulturrevolution angehört hatten - eine Maßnahme im Rahmen der Wiedergutmachung). Die Hälfte der Mitglieder neu: Diese Tatsache steht für das Bemühen der Führung, nicht nur junge, sondern auch auf sie eingeschworene Kader einzubringen.

Über die Aufteilung der 98 erstmaligen ZK-Mitglieder gibt die Tabelle "The New Members of the 12th Central Committee" Aufschluß. In der zentralen Parteiführung wurden die Direktoren der Propaganda-Abteilung, des ZK-Hauptbüros und der Abteilung für Internationale Beziehungen zu Mitgliedern des ZK gewählt - wie nicht anders zu erwarten, wurden diese Posten doch seit altersher von ZK-Mitgliedern bekleidet. Registrierenswert ist hier, daß Hu Qili und Qiao Shi aus der von Hu Yaobang vor der Kulturrevolution geführten Kommunistischen Jugendliga hervorgegangen sind.

Am auffallendsten ist indessen der Sektor der Regierungskader, der 16 Minister, zehn Vizeminister und acht sonstige umfaßt, gesamthaft also 34 der 98 "Neuen". Hier wird die Handschrift Deng Xiaopings erkennbar, der sich wohl mehr als Regierungs- denn als Parteifunktionär versteht.

Lediglich drei der 98 gehören der Zentralen Militärführung an, darunter der neue Kommandeur der Marine, Liu Huaqing. Dieser hat enge Beziehungen zu Deng Xiaoping, diente er doch ebenso wie dieser in der 2.Feldarmee, deren Politkommissar Deng war, während Liu der Politabteilung des 11.Korps dieser Armee vorstand.

Aus dem Bereich der Massenorganisationen stießen drei Kader erstmals in die Mannschaft der ZK-Mitglieder vor, darunter Guo Liwen, die im Mai 1982 gewählte 1.Sekretärin des Frauenverbandes, und Wang Zhaoguo, der nach seiner Wahl ins ZK zum 1.Sekretär der Kommunistischen Jugendliga gewählt wurde. Wang war Deng Xiaoping 1980 während einer seiner Inspektionsreisen durch China als junger Vizedirektor einer Fabrik begegnet und hatte ihn beeindruckt. Er verdankt seine Blitzkarriere ausschließlich der Gunst Dengs, der noch in einer Rede am 18.August 1980, mit der er u.a. die Beseitigung Hua Guofengs vom Parteivorsitz betrieb, Karrieren aufgrund persönlicher Beziehungen für ablehnenswert deklariert hatte.
Im Bereich unterhalb der Zentralebene wurden fünf 1.Parteisekretäre, zwei 2.Parteisekretäre und 16 Parteisekretäre erstmals zu Mitgliedern des ZK gewählt, womit dessen Schwerpunkt erfaßt ist. Bemerkenswert ist schließlich noch, daß vier Kommandeure von Militärregionen in die Mannschaft der ZK-Mitglieder vorstießen.

The New Members of the 12th Central Committee

Central Leadership

CCP

Deng Liqun	Dir., Propaganda Dpt., CCP CC
He Jingzhi	Dpty.dir., Propaganda Dept., CCP CC
Hu Qili	Dir., General Office, CCP CC
Hu Sheng	Dir., Party Hist. Research Center, CCP CC
Qiao Shi	Dir., Internat'l. Liaison Dpt., CCP CC
Qin Chuan	Editor-in-chief, Renmin ribao
Yang Dezhong	Dpty.dir., General Office, CCP CC

Government

Ministers

Chen Bin	Science, Technology and Industry for National Defense
Cui Naifu	Civil Affairs
Cui Yueli	Public Health
Gao Yangwen	Coal Industry
He Dongchang	Education
Li Dongye	Metallurgical Industry
Li Menghua	Physical Culture and Sports
Li Ximing	Urban and Rural Construction
Liu Fuzhi	Justice
Mo Wenxiang	Aviation Industry
Qin Zhongda	Chemical Industry
Sun Daguang	Geology and Minerals
Wang Bingqian	Finance
Yang Bo	Light Industry
Zhao Shouyi	Labor and Personel
Zhou Jiannan	Machine Building Industry

Vice-ministers

Gu Xiulian f	Planning
He Kang	Planning
Jiang Zemin	Electronics Industry
Li Peng	Water Conservancy and Power
Li Senmao	Railways
Li Xu'e	Space Industry
Qian Yongchang	Communications
Wu Xueqian	Foreign Affairs
Yu Hongen	Coal Industry
Zheng Tuobin	Foreign Econ. Rel. and Trade

Others

Li Rui	Dir., State Bureau of Computers
Li Xipu	(former dpty.dir., Civil Aviation Admin.)
Lü Peijian	President, People's Bank
Mu Qing	Dir.-gen., Xinhua News Agency
Shen Tu	Dir.-gen., Civil Aviation Admin.
Tian Jiyun	Dpty. sec.-gen., State Council
Wang Hanbin	Vice-chm., Legal Com., NPC
Yao Guang	Ambassador to France

Military

He Jinheng	Dpty.commander, PLA 2nd Artillery
Liu Huaqing	Commander, PLA Navy
Zhu Yunqian	Dpty.dir., Gen. Polit. Dpt.

Mass Organizations

Guo Liwen f	1st secretary, Women's Federation
Wang Chonglun	Vice-chm., Fed.of Trade Unions
Wang Zhaoguo	1st.sec., Communist Youth League

Below Central Level

CCP

1st Secretaries of Provinces

Li Xuezhi	Ningxia
Liang Buting	Qinghai
Qiang Xiaochu	Jilin
Xiang Nan	Fujian
Yin Fatang	Tibet

2nd Secretaries of Provinces

Li Li'an	Heilongjiang
Liu Lin	Jiangsu

Secretaries of Provinces

Chen Xitong	Beijing	Wang Zhaowen	Guizhou
Hu Hong	Jiangsu	Xu Shaofu	Liaoning
Li Ligong	Shanxi	Xue Ju	Zhejiang
Liang Liguang	Guangdong	Yang Rudai	Sichuan
Shen Yinluo	Hubei	Zhang Shuguang	Hebei
Wang Fang	Zhejiang	Zhang Zaiwang	Tianjin
Wang Kewen	Shanxi	Zhang Ze	Shaanxi
Wang Quanguo	Guangdong	Zhao Haifeng	Qinghai

Deputy secretary of Province

Xie Feng	Hebei

Others

Liu Zhengwei	Secretary, Nanyang Prefecture, Henan

People's Government

Governors

Chen Lei	Heilongjiang
Han Peixin	Jiangsu
Li Ruihuan	Tianjin
Su Gang	Guizhou

Vice-governors

Wang Guangzhong	Liaoning
Yang Di	Shanghai
Zhao Nanqi	Jilin

People's Congress

Chairman

Tomur Dawamat	Xinjiang

Vice-chairman

Wu Jinghua	Sichuan

Others

Buhe	Mayor, Hohhot Municipality
Lin Ruo	Sec., Zhanjiang Prefecture CP
Yin Yuan	Manager, Anshan Iron and Steel Comp.
Li Ziqi	Dir., Dpt.of Industry, Gansu

Military

Chen Renhong	Dpty.polit.com., Jinan Mil.Reg.
Fu Guiqing	Polit.com., Fuzhou Mil.Reg.
Tan Youlin	Dpty.commander Xinjiang Mil.Reg.
Wan Haifeng	Dpty.polit.com., Beijing Mil.Reg.
Wang Chenghan	Commander, Chengdu Mil.Reg.
Xiang Shouzhi	Commander, Nanjiang Mil.Reg.
Xiao Quanfu	Commander, Xinjiang Mil.Reg.
Xie Zhenhua	Dpty.commander, Shenyang, Mil.Reg.
Zhou Shizhong	Commander, Wuhan Mil.Reg.

Scientists

Deng Jiaxian	Member, Academy of Sciences
Xie Xide f	Vice-pres., Fudan Univ.
Yan Dongsheng	Vice-pres., Academy of Sciences
Zhang Shou	Vice-pres., Shanghai Jiaotong Univ.

7.4.11. Die neuen Kandidaten des XII.Zentralkomitees

Der XII.Parteikongreß wählte insgesamt 138 Kandidaten des XII.Zentralkomitees. Nicht weniger als 114 gehören diesem Kreis erstmals an - auch dies ein Zeichen der Führung für den Willen zur Erneuerung der Personalstruktur. Stehen diese 114 für 83%, so waren in das XI.ZK 1977 nur 57% der Kandidaten erstmals in das Führungsorgan vorgestoßen.

Die folgende Tabelle gibt Aufschluß über die Aufgaben der 114 neuen ZK-Kandidaten:

Main Positions held by the New Alternate Members

Central Leadership	
CCP	4
Government:	
Minister	1
Vice-ministers	15
Others	4
Military	5
Mass Organizations	5
Scientists	11
Below Central Level	
CCP	16
Military	12
Province Admin.:	
Governor	2
Vice-governor	12
Others	7
Others	9
Newcomers	11

In der Zentralen Führung nimmt der Parteiapparat die bescheidenste Rolle ein, während die Regierung mit einem Minister, 15 Vizeministern und vier sonstigen Kadern, also gesamthaft zwanzig, den Löwenanteil auf sich vereinigt. Auf die Militärführung und die Massenorganisationen (Kommunistische Jugendliga und Frauenverband) entfallen je fünf Kandidaten. Bemerkenswert ist die relativ große Zahl der Wissenschaftler, die elf der 114 neuen ZK-Kandidaten stellen. Sie waren in früheren Zentralkomitees kaum vertreten. Auf den ersten Blick könnte der Eindruck entstehen, als würde die KP Chinas der Wissenschaft in den Führungsgremien der Partei eine größere Rolle zugestehen wollen. Tatsächlich aber handelt es sich bei den elf Wissenschaftlern mehrheitlich um relativ unbedeutende Personen, aus denen lediglich Ma Hong als Präsident der Akademie für Sozialwissenschaften herausragt.

Unterhalb der Zentralebene verteilen sich die neuen Kandidaten des Zentralkomitees verhältnis-

mäßig gleichmäßig auf Partei- und Militärführung, sowie auf die zivile Provinzverwaltung.

Zu den neun "Sonstigen" unter den 114 neuen ZK-Kandidaten gehört interessanterweise Wang Meng, der Vizepräsident des Chinesischen Pen-Zentrums, der 1957 nach Publikation seiner ersten Erzählung "Der Neuling in der Organisationsabteilung" als Rechtsabweichler abgestempelt und zum Schweigen verurteilt worden war und erst 1977 rehabilitiert wurde.

Zu den 114 neuen ZK-Kandidaten zählt auch der frühere Mao-Leibwächter und Sicherheitschef des Zentralkomitees, Wang Dongxing. Wang hatte von 1969 bis Anfang 1980 nicht nur dem ZK, sondern auch dem Politbüro angehört, und zwar von 1969 bis 1973 als Kandidat und ab August 1973 als Vollmitglied des Politbüros. 1977 gelangte er auf dem XI.Parteitag sogar als stellvertretender Parteivorsitzender in den Ständigen Ausschuß des Politbüros. Auf der 5.Plenartagung des XI.ZK im Februar 1980 war Wang Dongxing jedoch aufgrund seiner Zugehörigkeit zur maoistischen Restfraktion aller seiner Ämter in Partei und Staat enthoben worden. Daß er auf dem XII.Parteitag dennoch zum ZK-Kandidaten gewählt wurde, verdankt er wahrscheinlich seiner Hilfe beim Sturz der "Viererbande". Gleiches dürfte im übrigen auch für Hua Guofeng und Chen Xilian gelten, die einen Platz im ZK bzw. im Ständigen Ausschuß der Zentralen Beraterkommission erhielten. Die Chance, daß Wang Dongxing im Verlauf der nächsten vier Jahre ins Zentralkomitee nachrückt, ist praktisch gleich Null: Er erhielt bei der Wahl der ZK-Kandidaten die wenigsten Stimmen und rangiert deshalb auf dem letzten Platz der Kandidatenliste.

Bleibt noch zu vermerken: Elf Kandidaten des XII.Zentralkomitees sind bislang ohne erkannten Hintergrund.

7.4.12. Das Schicksal der Kandidaten des XI.Zentralkomitees

Der XI.Parteikongreß hatte 1977 132 Kandidaten in sein Zentralkomitee gewählt. Mehr als die Hälfte von diesen, nämlich 68, sind in der Periode des XI.ZK untergegangen. Zehn verschwanden bereits im Jahr ihrer Nominierung, 38 im Jahr 1978, acht 1979 und weitere zwölf 1980. Aus diesen Zahlen ist der parteiinterne Kampf zwischen den Fraktionen um Hua Guofeng und Deng Xiaoping ablesbar. Hua, zwar um einen Ausgleich bemüht, hatte 1977 mehrheitlich noch Kader mit Verdiensten in der Kulturrevolution in die Mannschaft der Kandidaten des ZK gebracht. Wenn mehr als die Hälfte der Kandidaten des XI.ZK von 1977 bis 1980 in der Versenkung verschwunden, so offenbart dies die Personalpolitik Deng Xiaopings, der auf dem 3.Plenum des XI.ZK im Dezember 1978 diese in die Hände seines Vertrauten Song Renqiong zu überantworten vermochte, der damals zum Direktor der Organisations-Abteilung des ZK (verantwortlich für die Personalpolitik) ernannt wurde. - Bemerkenswert ist, daß 62 dieser untergegangenen 68 Kandidaten bereits den vorangegangenen Zentralkomitees angehört hatten, nämlich 21 durchgängig seit dem IX. (gewählt 1969) und 41 seit dem X. (1973). Diese Zahlen sagen aus: Prämisse der Kaderpolitik von Deng Xiaoping war von Anbeginn die Ausschaltung sämtlicher Funktionäre, die in der Kulturrevolution aufgestiegen waren.

15 Kandidaten des XI.ZK wurden vom XII.Parteikongreß zu Mitgliedern erhöht, nämlich

The Elevated Alternate Members of the 11th CC

	Present Post
Dai Suli	Governor, Henan Province
Gu Xiulian f	Vice-min., Planning Commission
Huang Xinting	Commander, PLA Armored Forces
Li Xuezhi	1st secretary, Ningxia CP
Li Yaowen	Polit.commissar, PLA Navy
Liu Zhenhua	Polit.commissar, Shenyang Mil.Reg.
Liu Zhijian	1st polit.com., Kunming Mil.Reg.
Raidi	Secretary, Tibet CP
Tan Shanhe	Commander, PLA Engineering Corps
Xiao Han	(former vice-min., Economic Com.)
Yuan Baohua	vice-min., Economic Commission
Zhang Zhen	Deputy chief, PLA General Staff
Zhao Xingyuan	Polit.com., Heilongjiang Mil.District
Zheng Sansheng	Dpty.cdr., Jinan Mil.Reg.
Zhou Zijian	Acting 1st secretary, Anhui CP

Mit sieben Personen ist zwar der militärische Sektor überproportional vertreten, darunter die Kommandeure der Panzerstreitkräfte sowie der Pioniertruppen, doch läßt sich daraus gewißlich keine Sonderstellung des Militärs ablesen; diese kann jeweils nur in der Mannschaft der ZK-Mitglieder erkannt werden.

Viel wichtiger ist die Tatsache, daß 17 Kandidaten des XI.ZK als solche wieder ins XII.ZK Eingang fanden, womit erneut erwiesen ist (s.o.), daß der sinngemäße Inhalt des Wortes "Kandidat", der die Anwartschaft auf die Mitgliedschaft ausdrückt, im Bewußtsein der Führung nicht mehr existent ist. So gibt es tatsächlich so etwas wie "Dauerpächter" auf dem Posten des ZK-Kandidaten. Seit dem IX.ZK, also seit 1969, gehören immerhin drei Personen dem ZK in ununterbrochener Folge als Kandidaten an. Es sind dies Li Huamin, stellvertretender Kommandeur der Militärregion Shenyang; Wang Liusheng, Politkommissar der Pioniertruppen; und Qian Xuesen, der Konstrukteur der chinesischen Raketen, der 1945 im Rang eines Oberst der amerikanischen Armee das deutsche Raketenzentrum in Peenemünde abgebaut und nach U.S.A. verbracht hat. - Weitere drei gehören dem ZK seit dem X.Parteikongreß an, die restlichen seit dem XI.

Aus Altersgründen wurden 13 Kandidaten des XI.ZK in die Berater-Kommission abgeschoben. Ein weiterer wurde Mitglied der Zentralen Kommission für Disziplinkontrolle.

Vier Kandidaten des XI.ZK verstarben in der Periode desselben, ein weiterer, nämlich Xu Liqing, nach seiner Nominierung zum Mitglied der Berater-Kommission. Die restlichen 13 Kandidaten des XI.ZK verblieben auf ihren sonstigen Posten außerhalb des ZK.

7.4.13. Die Wissenschaftskader des XII.Zentralkomitees

In Erwartung des XII.Parteikongresses haben wohl die meisten Beobachter der chinesischen politischen Szene damit gerechnet, daß dieser - wie einst in der Sowjetunion geschehen - dem Bereich der Wissenschaft die ihr zukommende Rolle dadurch bestätigen würde, daß die bedeutendsten Wissenschaftskader zu Mitgliedern

des Zentralkomitees ernannt werden würden. Dies ist nicht geschehen. Unter den 210 ZK-Mitgliedern gibt es ganze vier Funktionäre, die im Wissenschaftsbereich eingesetzt sind, nämlich Deng Jiaxian, Mitglied der Akademie der Wissenschaften; Xie Xide, die Vizepräsidentin der Fudan-Universität in Shanghai; Yan Dongsheng, Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften; und Zhang Shou, Vizepräsident der Jiaotong-Universität in Shanghai. Diese Geringschätzung der Wissenschaft darf zweifelsohne als Politikum gewertet werden. Wenn unbedeutende Provinzfunktionäre oder Modellarbeiter als Mitglieder ins ZK gewählt werden, nicht aber der Präsident der Akademie der Wissenschaften oder der Präsident einer der vielen hochrangigen Universitäten oder Wissenschaftler mit Weltrang wie etwa Qian Xuesen, so offenbart sich hier die Unterbewertung der Wissenschaft durch die gegenwärtige Führung, die von dieser gleichwohl einen entscheidenden Beitrag zur Modernisierung des Landes verlangt. Hier wird deutlich, wie die Führung ihrem alten Kaderdenken verhaftet und weit unbeweglicher ist, als dies in der Sowjetunion einst der Fall war. Wissenschaftler werden noch immer als kleine Zulieferer empfunden, die im Entscheidungsprozeß der Partei nicht benötigt werden.

Wenn sich unter der weitaus kleineren Mannschaft der ZK-Kandidaten demgegenüber Wissenschaftskader befinden, so ist zu berücksichtigen, daß die Kandidaten bei ZK-Sitzungen über kein Stimmrecht verfügen. Diese zwölf sind:

- Li Liyun, Kader an der Akademie der Militärwissenschaften;
- Liang Dongcai, Mitglied des Instituts für Biophysik der Akademie der Wissenschaften;
- Lu Liangshu, Vizepräsident der Landwirtschaftsakademie von Jiangsu;
- Lu Maozeng, Vizepräsident der Landwirtschaftsakademie von Shandong;
- Ma Hong, Präsident der Akademie für Sozialwissenschaften;
- Qian Xuesen, Spezialist für Raketenbau;
- Song Jian, Vizepräsident für Raumfahrtindustrie;
- Wang Xuezhen, Vizepräsident der Beijing-Universität;
- Xie Fei, Vizepräsident der Juristen-Gesellschaft von Beijing;
- Yang Haibo, Vizepräsident der Universität für Wissenschaft und Technologie von Beijing;
- Yin Changmin, Vizepräsident der Gesellschaft für Wissenschaft und Technologie der Provinz Hunan;
- Zhou Guangzhao, Kader am Institut für Theoretische Physik der Akademie der Wissenschaften.

7.4.14. Die Neulinge des XII.Zentralkomitees

In welchem Maße der XII.Parteikongreß einen Einschnitt in die Personalpolitik bedeutet, ist an der Zahl der Newcomers abzulesen. Diese konnten deswegen in das Führungsorgan nachstoßen, weil zum einen eine Vielzahl von Kadern, die ihre ZK-Mitgliedschaft Verdiensten in der Kulturrevolution verdankten, keine Chance mehr hatten, wiedergewählt zu werden, zum andern aber auch, weil zahlreiche überalterte Kader aufs Altenteil abgeschoben wurden.

Tatsächlich gehören 98 der 210 Mitglieder (=47%) und 114 der 138 Kandidaten (=83%) dem ZK erstmals an. Beide Gruppen zusammen gerechnet, bedeutet das: 60% der Funktionäre des XII.ZK sind Newcomers! Eine ähnlich radikale Veränderung hatte es bislang nur auf dem VII. (1945) und IX. (1969) Parteikongreß gegeben, die beide historische Epochen besiegelten. Dies gilt jetzt auch für den XII. Parteikongreß.

Die Tabelle gibt Aufschluß darüber, in welchen Bereichen die Newcomers eingesetzt werden (sie versteht sich ohne jene, deren Positionen bislang unbekannt sind). In die Regierung wurden 53 Kader berufen, in die Zentrale Parteiführung 11, in die Provinzen 78 (davon 45 in Parteiführung und 33 in die Verwaltung), 28 ins Militär (davon 8 in die Zentralführung und 20 in die Militärregionen), 15 in den Wissenschaftsbereich und schließlich 8 in den Massenorganisationen. Positionell ragen die 18 Minister heraus, bedeutet das doch, daß fast die Hälfte der gesamten Minister neu in das Zentralkomitee aufgenommen wurden, was schließlich dazu führte, daß lediglich sieben der 41 Minister dem ZK weder als Mitglieder noch als Kandidaten angehören. Eine ähnlich starke Vertretung des ZK in der Regierung hat es seit Bestehen der VR China nicht gegeben, woraus nicht zuletzt zu entnehmen ist, welche Bedeutung Deng Xiaoping dieser beimißt. - Alle anderen Besetzungen durch Newcomers im ZK dürfen als normal angesehen werden.

8. Die Zentrale Beraterkommission

Die Zentrale Beraterkommission des ZK wurde vom XII.Parteikongreß als neues Organ geschaffen.

Main Positions of the Newcomers of the 12th Central Committee

	Members	Alt. Members	Total
Government			
Ministers	17	1	18
Vice-ministers	9	15	24
Others	6	5	11
Party Central	7	4	11
Provinces			
CCP			
1st secretaries	3		3
2nd secretaries	2		2
Secretaries	18	3	21
Deputy secret.	3	3	6
Mem., Stand.Comt.	1	2	3
Others		10	10
Administration			
Governors	4	2	6
Vice-governors	4	9	13
Others	1	13	14
Military			
Central	3	5	8
Military Regions			
Commmander	4		4
Dpty.commander		7	7
Polit.commissar	4	1	5
Others		4	4
Science	4	11	15
Mass Organizations	3	5	8

Sie ist eine Erfindung Deng Xiaopings und dient als Abstellgleis für verdiente, in Ehren ergraute Funktionäre.

Der Posten des "Beraters" war bereits 1980 in allen wesentlichen Führungsorganen Chinas eingeführt worden. Mit ihm war der Versuch gestartet worden, die über 70 Jahre alten Funktionäre unter Zusicherung der bisherigen Privilegien zu animieren, von ihren Posten ins zweite Glied zurückzutreten.

Zweifellos stellt die Überalterung der politischen Führung in den meisten kommunistischen Staaten ein nicht geringes Problem dar, zumal vor allem die höchsten Posten gleichsam bis zum Tod gepachtet werden. Deshalb zeichnet es Deng Xiaoping fraglos aus, dieses Übel überhaupt angepackt zu haben, und es kennzeichnet seine gegenwärtige überragende Position, daß er es auch einer Lösung entgegengeführt hat. Es gehört in der Tat eine nicht geringe Überzeugungskraft dazu, einen alten Kader, der seine Verdienste bis in die graue Revolutionszeit zurückführt, dazu zu bringen, seine Position, die Einfluß und Macht bedeutet, aufzugeben und einem weit unbedeutenderem Kader zu überlassen.

Die Zentrale Beraterkommission hat neben dem Vorsitzenden vier stellvertretende Vorsitzende, 19 Mitglieder des Ständigen Ausschusses und 148 Mitglieder, die laut Parteistatut an den Beratungen der Führungsgremien der Partei teilnehmen können. Es ist davon auszugehen, daß sie in diesen Beratungen durchaus Einfluß ausüben, nur haben sie, wenn über Entscheidungen abgestimmt wird, kein Stimmrecht. Das Gefühl der persönlichen Wichtigkeit wurde ihnen belassen, das nicht zuletzt dadurch erhalten bleibt, daß sie bei allen wichtigen Anlässen in der offiziellen Presse stets mitgenannt werden.

Aus allem voraus gesagten ist zu entnehmen, daß die Mitglieder dem ZK nicht angehören - mit einer einzigen Ausnahme. Diese betrifft den Vorsitzenden der Kommission, der überdies auch dem Ständigen Ausschuß des Politbüros angehört: Deng Xiaoping. Bereits Vorsitzender der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes, hat er mit diesem neuen Posten die Schirmherrhaft über ein weiteres Beratergremium übernommen, das seinen Mitgliedern ermöglicht, ihrem Tod ohne Gesichtsverlust entgegensehen zu können.

Die vier stellvertretenden Vorsitzenden der Beraterkommission haben früher alle einmal dem Politbüro angehört. - Bo Yibo, führender Wirtschaftsfunktionär vor der Kulturrevolution, war Kandidat des VII.ZK, bis er 1966 als Konterrevolutionär gebrandmarkt wurde, um erst 1978 reaktiviert zu werden. - Li Weihan, 1896 geboren, war 1925 ins ZK gewählt worden und gehörte dem Politbüro des V.ZK von Mai bis August 1927 und dem VI.ZK von 1930 bis 1931 an. Von 1937 bis 1940 leitete er die Parteischule und von 1944 bis 1965 die Abteilung Einheitsfrontarbeit des ZK. Ein Jahr später untergegangen, wurde er ebenfalls erst 1978 reaktiviert. Li ragt aus grauer Revolutionszeit in die Gegenwart hinein, ist er doch einziger Überlebender des 1925 gewählten IV.ZK! (Vom V.ZK, 1927 gewählt, gibt es außer ihm ebenfalls keinen Lebenden; vom VI.ZK, 1928 gewählt, nur noch drei). - Tan Zhenlin, geboren 1902, wurde erstmals 1945 ins ZK gewählt, gehörte dem Politbüro des VIII.ZK (1958-1969) an und war Vizepremier von 1959 bis 1967, als er ausgeschaltet wurde. 1973 reaktiviert war er erneut Mitglied im X. und XI.ZK und ist seit 1975 stellvertretender Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses. - Xu Shiyou, Generaloberst der Volksbefreiungsarmee, gehörte dem ZK in ununterbrochener Folge von 1956 bis 1982 an, von 1969 bis 1982 sogar dem Politbüros. Er zählt zu den prominentesten Armeeführern Chinas. Es heißt, daß er Deng Xiaoping nach dessen zweiter Ausschaltung im Jahre 1976 in der von ihm befehligten Militärregion Guangzhou Schutz gewährt haben soll.

In welchem Maße die Zentrale Beraterkommmission Auffangbecken für verdiente Parteikader ist, geht vor allem daraus hervor, daß die 19 Mitglieder ihres Ständigen Ausschusses mit Ausnahme von zweien dem XI.ZK als Mitglieder angehört haben, darunter zwei sogar als Mitglieder des Politbüros. Fast die Hälfte der Mitglieder der Kommission, nämlich 84 von den gesamthaft 172, gehörten früheren Zentralkomitees an. Drei derselben dienten in fünf Zentralkomitees, neun in vier ZKs, 22 in drei und 18 in zwei. Als weiterer Hinweis für die Auffangbecken-Funktion der Kommission kann die Tatsache dienen, daß 50 der noch lebenden 112 Mitglieder und Kandidaten des VIII.ZK (1956-1969) in diese aufgenommen worden sind.

Schließlich sei darauf hingewiesen, daß Wu De, Mitglied des Politbüros im X. und XI.ZK, 1.Parteisekretär von Beijing von 1973-1978 und vom 5.Plenum des XI.ZK im Februar 1980 von allen Partei- und Staatsämtern enthoben, nach seinem politischen Tod als Mitglied der Zentralen Beraterkommission reaktiviert worden ist. Warum? Hier kann nur einem "Hörensagen" gefolgt werden, wonach er ein Sohn von Li Dazhao, einem der Mitbegründer der KP Chinas, ist. Der ebenfalls auf dem 5.Plenum gestürzte General Chen Xilian, der dem Politbüro seit 1969 angehörte, erhhielt sogar einen Sitz im Ständigen Ausschuß des Beratergremiums.

9.
Die Zentrale Disziplinkontrollkommission

Die Zentrale Disziplinkontrollkommission war vom 3.Plenum des XI.Zentralkomitees im Dezember 1978 eingerichtet worden. In ihrer heutigen Aufgabenstellung entspricht sie in etwa der Zentralen Kontrollkommission, die 1955 vom 5.Plenum des VII.ZK errichtet worden war und in der Kulturrevolution verschwand. Befaßte sich die einstige Zentrale Kontrollkommission vorwiegend mit Verstößen gegen die Parteidisziplin, so war es zunächst die Hauptaufgabe der Zentralen Disziplinkontrollkommission, Vergehen von Parteimitgliedern aus der Zeit der Kulturrevolution zu beurteilen und gegebenfalls zu bestrafen.

Hatte die im Dezember 1978 errichtete Zentrale Disziplinkontrollkommission 76 Mitglieder gehabt, so wurde sie vom XII.Parteikongreß auf 132 aufgestockt, also fast verdoppelt. Offensichtlich war die ursprünglich eingesetzte Mannschaft der Kommission mit der Bewältigung der kulturrevolutionären Vergangenheit und den zusätzlichen Aufgaben, die mittlerweile auf sie zukamen (darunter die parteiinterne Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität), total überlastet. Hinzu kommt, daß die Kommission die Hauptlast der für 1983 bis 1985 angekündigten Säuberung der gesamten Partei von Gegnern des gegenwärtigen politischen Kurses tragen wird.

Der Zentralen Disziplinkontrollkommission steht als 1.Sekretär seit 1978 Chen Yun vor, das dienstälteste Mitglied des Zentralkomitees, dem er in ununterbrochener Folge seit 1934 angehört. Zum einen fasziniert die Tatsache, daß es in der KP Chinas noch immer Kader gibt, die dem ZK seit einem halben Jahrhundert angehören; zum anderen verwundert es indessen, daß ein Kader, der in der Kulturrevolu-

tion seine Position als Mitglied des ZK zu bewahren vermochte, heute diese prominente Position einnimmt. Die Formel für dieses Phänomen lautet offenbar: Je länger die Zugehörigkeit zum ZK, desto größer das Verzeihen für Verquickungen mit der Periode der Kulturrevolution. - 2.Sekretär der Kommission ist Huang Kesheng, der erstmals 1945 ins ZK gewählt wurde, in der Kulturrevolution unterging und 1977 mit der Wahl ins XI.ZK reaktiviert wurde. In das XII.ZK wurde er nicht übernommen, dafür mit dem Posten des 2.Sekretärs in der Zentralen Disziplinkontrollkommission entschädigt. Huang ist Armeegeneral und war von 1958-1959 Generalstabschef der VBA, woraus zu schließen ist, daß er innerhalb derselben vorwiegend mit Fällen aus dem militärischen Bereich betraut ist. - Als Ständiger Sekretär ist Wang Heshou mit der Tagesarbeit betraut und daher, wenn auch nicht dem Rang nach, wichtigster Funktionär der Kommission. Er hatte dem VIII.ZK als Kandidat angehört, wurde in der Kulturrevolution ausgeschaltet und erst 1978 reaktiviert. 1979 wurde er als Mitglied des XI.ZK nachgewählt und 1982 vom XII.ZK bestätigt. Von 1952 bis 1964 war Wang nacheinander Minister für Schwerindustrie und für Metallurgische Industrie.

Zur Führung der Kommission gehören des weiteren fünf Sekretäre: Han Guang, Han Tianshi, Li Chang, Ma Guorui und Wang Congwu. Diese fünf, sowie die vorab genannten drei Kader sind gleichzeitig auch Mitglieder des Ständigen Ausschusses der Kommission, dem weiterhin angehören: Cai Shunlin, Li Zhengting und Li Zhilian.

Im Gegensatz zur Zentralen Beraterkommission ist die Zentrale Disziplinkontrollkommission kein Auffangbecken für verdiente, altgediente Parteikader: Lediglich sechs ihrer Mitglieder gehörten dem vorangegangenen XI.ZK an, und immerhin 25 ihrer 132 Mitglieder sind Neulinge, also fast ein Fünftel.

Wie bereits gesagt, hatten der 1978 gegründeten Zentralen Disziplinkontrollkommission 76 Mitglieder angehört. Von diesen sind ganze 20 in die vom XII.ZK aufgestockte Kommission übernommen worden. Wo sind die anderen 56 verblieben?

Hu Yaobang wurde inzwischen Generalsekretär der KP Chinas; Deng Yingchao konzentriert sich ganz auf ihre Arbeit im Politbüro. Zehn weitere Kader wurden in die Zentrale Beraterkommission abgeschoben, fünf weitere wurden zu Mitgliedern des XII.ZK gewählt und mit anderen Aufgaben betraut, zwei weitere wurden zu Ministern ernannt. Es verbleiben weitere 22 Kader, die offenbar seither ausgeschaltet wurden, traten sie doch mehrheitlich seit 1980 in der Öffentlichkeit nicht in Erscheinung. Das Schicksal der restlichen 15 Kader ist unklar.

10. Zusammenfassung und Ausblick

Der XII.Parteitag markierte die entscheidende Niederlage der maoistischen Fraktion innerhalb der Parteizentrale: Sechs Vertreter des maoistischen Entwicklungskonzepts wurden nicht mehr ins Politbüro gewählt, während acht der neun neuen Politbüromitglieder eindeutig der antimaoistischen Koalition zuzurechnen sind. Nur noch vier Politiker, die der maoistischen Fraktion nahestanden, verblieben im 28köpfigen Politbüro (Zahlenangaben einschließlich der drei Kandidaten des Politbüros). Im für die politische Tagesarbeit zuständigen ZK-Sekretariat findet sich kein einziger Anhänger des maoistischen Entwicklungskonzepts mehr, und im Zentralkomitee haben die antimaoistischen Kräfte eine überwältigende Mehrheit -die Zahl der kulturrevolutionären Aufsteiger im ZK sank auf 13%. Angesichts dieser Mehrheitsverhältnisse innerhalb der Parteiführung kann die Möglichkeit einer Rückkehr zum maoistischen Entwicklungsmodell weitgehend ausgeschlossen werden. Die Ablösung des gerade wieder in das Politbüro gewählten Militärs Wei Guoqing vom Posten des Direktors der Zentralen Politischen Abteilung der Chinesischen Volksbefreiungsarmee kurz nach dem XII.Parteitag zeigt jedoch, daß die Auseinandersetzungen zwischen der Deng-Fraktion und promaoistischen Kräften selbst in der Parteizentrale immer noch nicht vollständig beendet sind. Allerdings hat sich der Schwerpunkt dieser Auseinandersetzungen bereits auf die der Zentrale nachgeordneten Ebenen des Partei-, Staats- und Militärapparats verlagert. Die Säuberung der Partei-und Staatsorgane aller Ebenen sowie der gesamten Partei von Verfechtern des maoistischen Entwicklungsmodells soll ab 1983 im Rahmen der sog. "Strukturreform" und einer groß angelegten "Ausrichtungsbewegung" erfolgen. Es ist bezeichnend für die bisherige Stärke der maoistischen Restfraktion, daß diese umfassende Säuberungswelle erst sechs Jahre nach Maos Tod und dem Sturz der "Viererbande" in Aussicht genommen werden konnte.

Gleichzeitig mit dem kontinuierlichen Niedergang der maoistischen Restfraktion seit Dezember 1978 entwickelten sich jedoch Gegensätze innerhalb der antimaoistischen Koalition zwischen den Reformkräften auf der einen Seite und den Sowjetmodell-Verfechtern und der Mehrheit der beiden funktionalen Interessengruppen Armee und zentrale Planungsbürokratie auf der anderen Seite. Hauptstreitpunkt ist die von der Deng-Fraktion befürwortete Reform des politischen und wirtschaftlichen Systems, die für zigtausende von Militärs und Bürokraten Machteinbußen mit sich bringen würde. So bestätigte der XII.Parteitag zwar den seit der 3.Plenartagung des XI.ZK (Dezember 1978) gültigen Kurs, nach dem die wirtschaftliche Entwicklung die Hauptaufgabe der KPCh darstellt, und erteilte damit eine erneute Absage an das maoistische Entwicklungsmodell, doch wie die zum "allgemeinen Kampfziel des Wirtschaftsaufbaus" erklärte Vervierfachung des Bruttoproduktionswertes (BPW) von Industrie und Landwirtschaft erreicht werden soll, blieb weitgehend unklar. Die weitere Verwendung der ökonomisch irrationalen BPW-Kennziffer und die in sich widersprüchliche Forderung nach einer Vervierfachung des industriellen und landwirtschaftlichen Bruttoproduktionswertes bei gleichzeitiger Erhöhung der wirtschaftlichen Effizienz weist auf derzeit nicht lösbare Meinungsverschiedenheiten zwischen Reformern und Reformgegnern hin. Über die Grundzüge eines Perspektivplans für die Entwicklung der Volkswirtschaft konnten sich Reformer und Reformgegner offenbar ebenfalls nicht einigen: Im Gegensatz zur im Februar 1980 festgelegten Tagesordnung war der langfristige Wirtschaftsentwicklungsplan nicht Gegenstand der Beratungen und Beschlüsse des XII.Parteitages. Darüber hinaus geht aus dem von Hu Yaobang vorgetragenen Bericht des Zentralkomitees für den XII.Parteitag hervor, daß die einheitliche Regelung der wirtschaftlichen Aktivitäten durch die zentrale staatliche Planung wieder verstärkt werden soll. Produktion und Verteilung aller wichtigen Produktionsmittel und Konsumgüter sollen durch imperative Pläne strikt geregelt werden. Indikative Pläne und die wirtschaftliche Regulierung durch den Markt sollen nur in solchen Wirtschaftsbereichen Anwendung finden, die von der zentralen staatlichen Planung nicht erfaßt werden können. Ganz offensichtlich werden indikative Pläne und vor allem die wirt-

schaftliche Regulierung durch den Markt lediglich als notwendige Übel betrachtet, um die Schwachstellen der zentralen Befehlsplanung zu kitten. Die Argumentation zum Thema Plan/Markt ist ein weiteres Indiz für die relativ schwache Position der Reformer innerhalb der politischen Führung. Verstärkt wird dieser Eindruck dadurch, daß der bereits im Dezember 1980 beschlossene Aufschub der Wirtschaftsreform auf die Zeit nach 1985 bestätigt wurde.

In der Tat scheint es in der Frage der Reform des wirtschaftlichen und politischen Systems zu einem Anti-Reform-Bündnis zwischen der Mehrheit der zentralen Planungsbürokratie und der Armee sowie den Verfechtern des sowjetischen Wirtschaftsmodells bzw. des Konzepts des 1.Fünfjahrplans gekommen zu sein. Auffallend ist die Uneinheitlichkeit des Kräfteverhältnisses zwischen Reformern und Reformgegnern in den Spitzengremien der Partei: Im Ständigen Ausschuß des Politbüros bilden Deng Xiaoping, Hu Yaobang und Zhao Ziyang den Reformflügel, während Li Xiannian und Ye Jianying zu den Reformgegnern zählen. Die Position von Chen Yun ist nicht eindeutig - er scheint zwischen Positionen der Sowjetmodell-Verfechter und der gemäßigten Reformer zu schwanken. Im 28köpfigen Politbüro scheinen die Reformkräfte eine Gruppe von mindestens sieben bis maximal fünfzehn Politikern für sich mobilisieren zu können - erst im günstigsten Fall ergibt sich im Politbüro also eine Mehrheit für die Reformkräfte. Ihnen gegenüber stehen wahrscheinlich mindestens acht Militärs (darunter vier kulturrevolutionäre Aufsteiger), vier Vertreter der zentralen Planungsbürokratie sowie der ebenfalls erst während der Kulturrevolution aufgestiegene Gewerkschaftsboß Ni Zhifu. Im zwölfköpfigen ZK-Sekretariat scheinen die Reformkräfte mit zehn Vertretern gegenüber zwei der zentralen Planungsbürokratie eine eindeutige Mehrheit zu haben. Über das Kräfteverhältnis zwischen Reformern und Reformgegnern im Zentralkomitee können mangels ausreichender Informationen keine Aussagen gemacht werden.

Die Reformgegner waren auf dem XII.Parteitag so stark, daß sie die von den Reformern geplante Abschaffung des Ständigen Ausschusses des Politbüros und die damit verbundene Degradierung von Ye Jianying und Li Xiannian verhindern konnten. Damit scheiterte auch der Plan der Reformer, daß ZK-Sekretariat zum de facto wichtigsten Entscheidungsorgan der KP Chinas zu machen und Zhao Ziyang zum stellvertretenden ZK-Generalsekretär zu ernennen. Hingegen hatten die Reformer bei der von ihnen betriebenen Verjüngung und politischen Säuberung der ZK-Mitglieder und ZK-Kandidaten Erfolg. Sie scheiterten jedoch mit ihrer Verjüngungskur im Politbüro und seinem Ständigen Ausschuß. Da sich die alten Marschälle Ye Jianying (85), Nie Rongzhen (83) und Xu Xiangqian (82) offenbar weigerten, in den Ruhestand zu treten, und die aus dem Politbüro entfernten Günstlinge der Kulturrevolution lediglich ihren noch älteren Opfern wichen, erhöhte sich sogar das Durchschnittsalter der Politbüro-Mitglieder auf mindestens 73 Jahre. Das Durchschnittsalter der Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros stieg sogar auf 75 Jahre an. Das totale Scheitern der von den Reformern angestrebten Verjüngung der Parteispitze wurde auch dadurch dokumentiert, daß die Artikel über die Pensionierung von Führungskadern aus dem reformorientierten Entwurf des Parteistatuts von April 1980 ersatzlos gestrichen wurden - sie hatten detaillierte Altersgrenzen und eine Beschränkung der Amtszeiten für Führungskader enthalten. Auch das Verbot der Ämterhäufung wurde nicht in die Endfassung des Parteistatuts übernommen.

Zusammenfassend kann über den XII.Parteitag festgestellt werden, daß die maoistische Restfraktion eine entscheidende Niederlage erlitt, während es den Reformern in wesentlichen inhaltlichen und personellen Fragen nicht gelang, ihre Vorstellungen durchzusetzen. Der XII.Parteitag bestätigte im wesentlichen die Verlagerung der parteiinternen Auseinandersetzungen von der Abrechnung mit der kulturrevolutionären Vergangenheit zum Konflikt über politische und wirtschaftliche Reformen. Wenn auch die großen Konflikte zwischen der Deng-Fraktion und den promaoistischen Kräften beendet erscheinen, so haben die Auseinandersetzungen zwischen Reformern und Reformgegnern über den Weg, den China künftig gehen wird, erst begonnen.

*
*
*
*
*
*
*
*
*
*
*

ERHARD LOUVEN

Infrastruktur und regionale Entwicklung in China: Zu Fragen der Standortpolitik und des Transportwesens

*
*
* * * * * * * * * * * * * * * * * * *

1. Einleitung: Einige Bemerkungen zu Definitionsfragen

Die Infrastruktur eines Landes kann definiert werden als die Gesamtheit der materiellen, institutionellen und personellen Einrichtungen und Faktoren, die im arbeitsteiligen Wirtschaftsprozeß existieren. Diese Institutionen und Faktoren tragen dazu bei, sicherzustellen, daß bei vollständiger Integration des Wirtschaftsprozesses für gleiche Faktorleistungen gleiche Faktorentgelte gezahlt werden und daß eine angemessene Allokation der Ressourcen bei einem maximalen Niveau der wirtschaftlichen Tätigkeit stattfindet. Die Infrastruktur ist eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung für die dynamische Entwicklung der Regionalwirtschaft und eine unabdingbare Bedingung für die Wohlfahrt der Bürger.

Investitionen in die Infrastruktur haben einen dualen Charakter. Zum einen beeinflussen sie die Produktionsbedingungen insoweit, als sie den Produktionsapparat stimulieren. Sie erhöhen die Produktivität des Kapitalstocks und haben den Charakter von intermediären Gütern, die die Kostenstruktur und die Konkurrenzbedingungen der Betriebe beeinflussen. Diese Investitionen können "infrastrukturelle Produktivinvestitionen" genannt werden. Andererseits können die Investitionen als Endprodukte für konsumtive Zwecke angesehen werden, da Änderungen im Bestand des Infrastrukturkapitals die Bedürfnisbefriedigung der Bevölkerung tangieren. So gesehen können die